



Bürgerversammlung des 14. Stadtbezirks am 11.07.2019

Betreff

Die LHS München soll durch eine "Bürgerbeteiligungssatzung Bauleitplanung"

Antrag zum Themengebiet Bau/ Planung

Das Thema Bauleitplanung betrifft viele Münchner Bürger, ohne das sich diese fachlich mit dem Thema auseinandersetzen können. Auch in der MVHS werden keine entsprechenden Kurse angeboten.

Um die gesetzlich verankerten Bürgerbeteiligungsverfahren nach § 3.1 und 3.2 BauGB zu wahren, sollte die Stadt entsprechende fachliche Angebote für ihre Bürger und ihre ehrenamtlichen Stadträte bereithalten. Insbesondere sollten auch bürgerfreundliche Themen wie "bezahlbares Wohnen durch preislimitierte Vorkaufsrechte der Gemeinde, Berücksichtigung des § 161.2 Bayerische Verfassung, Offenlegung von städtebaulichen Verträgen etc." behandelt werden. Jegliche Diskriminierung von diesen Bürgerinitiativen ist zu ahnden.

Die Informationsasymmetrie (eine professionelle Verwaltung, die Beschlüsse mit Fachanwälten und Investoren vorbereitet; versus ehrenamtlichen Stadträten, die diese Beschlüsse fassen müssen und fachlich unkundigen Bürgern) muss abgebaut werden - auch um mögliche Abwägungsfehler zu vermeiden.

1

Bürgerversammlung des 14. Stadtbezirks am 14. 07. 21

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Anrede _____

Vorname _____

Nachname _____

Straße _____

Hausnummer _____

Postleitzahl _____

Ort _____

Stadtbezirk _____

E-Mail-Adresse _____

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)		<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)		<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	<i>Einstimmliche Entscheidung des Selbstem, positiv angebotenen Antrag Vaus der Bürgerversammlung 2019</i>	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input checked="" type="checkbox"/>	
	Vortragen lassen <input type="checkbox"/>	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

14.7.21

Datum

Unterschrift

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldébogen):

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich bitte um bestmögliche Entscheidung
meines Bezirks positiv angenommen Antrags
aus der Bürgerversammlung von 2019.

Das Antrag um drei Zurschensesschritte
sind abhängig.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerversammlung des 14. Stadtbezirks am 11.07.2019

Betreff – Antrag

Die LHS München soll durch eine "Bürgerbeteiligungssatzung **Bauleitplanung**" Bürger und Bürgerinitiativen stärker unterstützen

Antrag zum Themengebiet Bau/ Planung

Das Thema Bauleitplanung betrifft viele Münchner Bürger, ohne dass sich diese fachlich mit niedrigen Eintrittsbarrieren mit dem Thema auseinandersetzen können. Auch in der MVHS werden keine entsprechenden Kurse angeboten.

Um die gesetzlich verankerten Bürgerbeteiligungsverfahren nach § 3.1 und 3.2 BauGB zu wahren, sollte die Stadt entsprechende fachliche Angebote für ihre Bürger und die ehrenamtlichen Stadträte bereithalten. Insbesondere sollten auch bürgerfreundliche Themen wie "bezahlbares Wohnen durch preislimitierte Vorkaufsrechte der Gemeinde, Berücksichtigung des § 161.2 Bayerische Verfassung, Offenlegung von städtebaulichen Verträgen etc." behandelt werden.

Jegliche Diskriminierung von diesen Bürgerinitiativen ist zu ahnden (siehe z.B. SZ vom 28.01.19 „Bürgerinitiativen mit Mafia verglichen“, oder Aufruf im Immobilienbrief vom 09.07.19 „Bürgerproteste zurückdrängen“). Die Bürgerbeteiligung ist gesetzlich geregelt und sollte nicht von Kommunikationsagenturen oder Journalisten in Abrede gestellt werden.

Die aktuell vorhandene Informationsasymmetrie (einerseits die professionelle Verwaltung, die Beschlüsse mit Fachanwälten und Investoren vorbereitet; andererseits ehrenamtliche Stadträten, die diese Beschlüsse fassen müssen und fachlich unkundigen Bürgern, die zu diesen Beschlüssen Stellungnahmen abgeben sollen) muss abgebaut werden - auch um juristisch möglicherweise angreifbare Abwägungsfehler zu vermeiden.

Raum für Vermerke des Direktoriums



ohne Gegenstimme angenommen



mit Mehrheit angenommen



ohne Gegenstimme abgelehnt



mit Mehrheit abgelehnt



Stadtentwicklungsplanung

Dialog gestalten

Über Kommunikation und Beteiligung

Stadtentwicklung interessiert mich!

Mitmach-Aktionen vor Ort finde ich gut.

Ich folge dem PlanTreff auf Twitter.

Kennen Sie die Perspektive München?

Ideen für die Stadt lassen sich am besten gemeinsam entwickeln!

Kann auch ich die Stadt verändern?



Inhalt

Stadtbaurätin Elisabeth Merk über
Kommunikation und Beteiligung

Fünf Fragen, fünf Antworten 2

**Wer plant die Stadt,
wer redet mit?** 4

**Stadt verändert sich,
Kommunikation verändert sich** 6

Klaus Selle über Qualität
der Beteiligung

**Einfache Grundsätze,
herausfordernde Umsetzung** 8

Kategorien und Instrumente 10



Im Gespräch mit den
Hauptabteilungsleitungen

**Bürgerbeteiligung gestern,
heute, morgen** 20

**Qualität von Bürger-
beteiligung – Grundsätze** 24

English summary 34



Gelungene Beispiele
der Partizipation

Der PlanTreff 12

**Das ehemalige Paulaner-
Gelände** 14

**Stadtteilmanagement im
Sanierungsgebiet Giesing** 16

Münchner Nordosten 18

**Handlungsräume der
Stadtentwicklung** 26



Freiraumzeit 28

München MitDenken 30

**Bürgerschaftliches
Engagement** 32

Fünf Fragen, fünf Antworten

Stadtbaurätin Elisabeth Merk über
Kommunikation und Beteiligung



1. Was bedeutet Bürgerbeteiligung für Sie persönlich?

Ganz einfach: Die Münchner Bürgerinnen und Bürger sind meine Bauherrenschaft. Deshalb setze ich mich sehr für freie und informelle Formate der Partizipation ein – zusammen mit oder unabhängig von den gesetzlich vorgeschriebenen Schritten. Ich möchte die Stadt aus einem veränderten Rollenverständnis heraus gestalten, das auf Gleichberechtigung statt auf Hierarchie setzt. Das erhöht die Akzeptanz und Mitverantwortung für unsere Planungen und fördert den Dialog über die Stadtgestalt und Münchens Entwicklung.

2. Der Wunsch, die Stadt mitzugestalten, ist heute größer denn je. Ist das Fluch oder Segen für Ihr Referat?

Beides. Ich finde es toll, dass wir in München so eine lebendige Stadtgesellschaft mit vielen Akteuren haben. Da sitzt viel Erfahrung und Wissen um die lokalen Gegebenheiten, wovon unsere Planungsprozesse profitieren. Und es zeigt die große Verbundenheit





mit der Stadt. Aber natürlich stellt uns der Wunsch nach mehr Mitsprache auch vor Herausforderungen. Erweiterte Bürgerbeteiligung verlangt von allen eine große Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen und vor allen Dingen einen Kompromiss zu finden und diesen zu akzeptieren. Beteiligung heißt ja, an etwas mitzuwirken und nicht einfach gegen etwas zu sein. Ich würde mir auch wünschen, dass mehr Menschen in die ganz normalen Bürgerversammlungen kommen. Und leider fehlen die junge Generation und junge Familien viel zu sehr im Diskurs um die Zukunft unserer Stadt.

3. Ihr Lieblingsbeispiel für gelungene Bürgerbeteiligung?

Ich bin immer noch stolz auf das Bürgergutachten zum Kunstareal. Da haben sich 2013 mehr als 100 Personen fast eine Woche lang intensiv mit dem Areal auseinandergesetzt und 1.500 Vorschläge erarbeitet, die dem damaligen Oberbürgermeister übergeben wurden. Die Ergebnisse sind von hoher Qualität, einige wurden

bereits umgesetzt. Es gibt aber kein Schema F für gute Beteiligung. Wir haben einen großen Werkzeugkasten an Methoden und Instrumenten. Partizipation muss immer auf das jeweilige Projekt und die entsprechende Zielgruppe zugeschnitten sein. Bevor man in eine Beteiligung startet, muss das Ziel klar kommuniziert werden. Will ich ein Stimmungsbild abfragen oder Ideen sammeln, an einer konkreten Aufgabe arbeiten oder etwas temporär ausprobieren, um eine Entscheidung vorzubereiten?

4. Wie erreichen Sie die Menschen?

Die Kommunikationswege haben sich ja stark verändert. Selbstverständlich laden wir ganz klassisch per Einladungskarte ein und produzieren viele Printprodukte. Aber auch über Mailings, Twitter und unseren Newsletter versuchen wir, unsere Informationen breit zu streuen. Eine gute Übersicht bietet die Onlineplattform „München MitDenken“. Hier erfährt man immer aktuell, wann und wo man sich beteiligen kann. Wir sind sozusagen

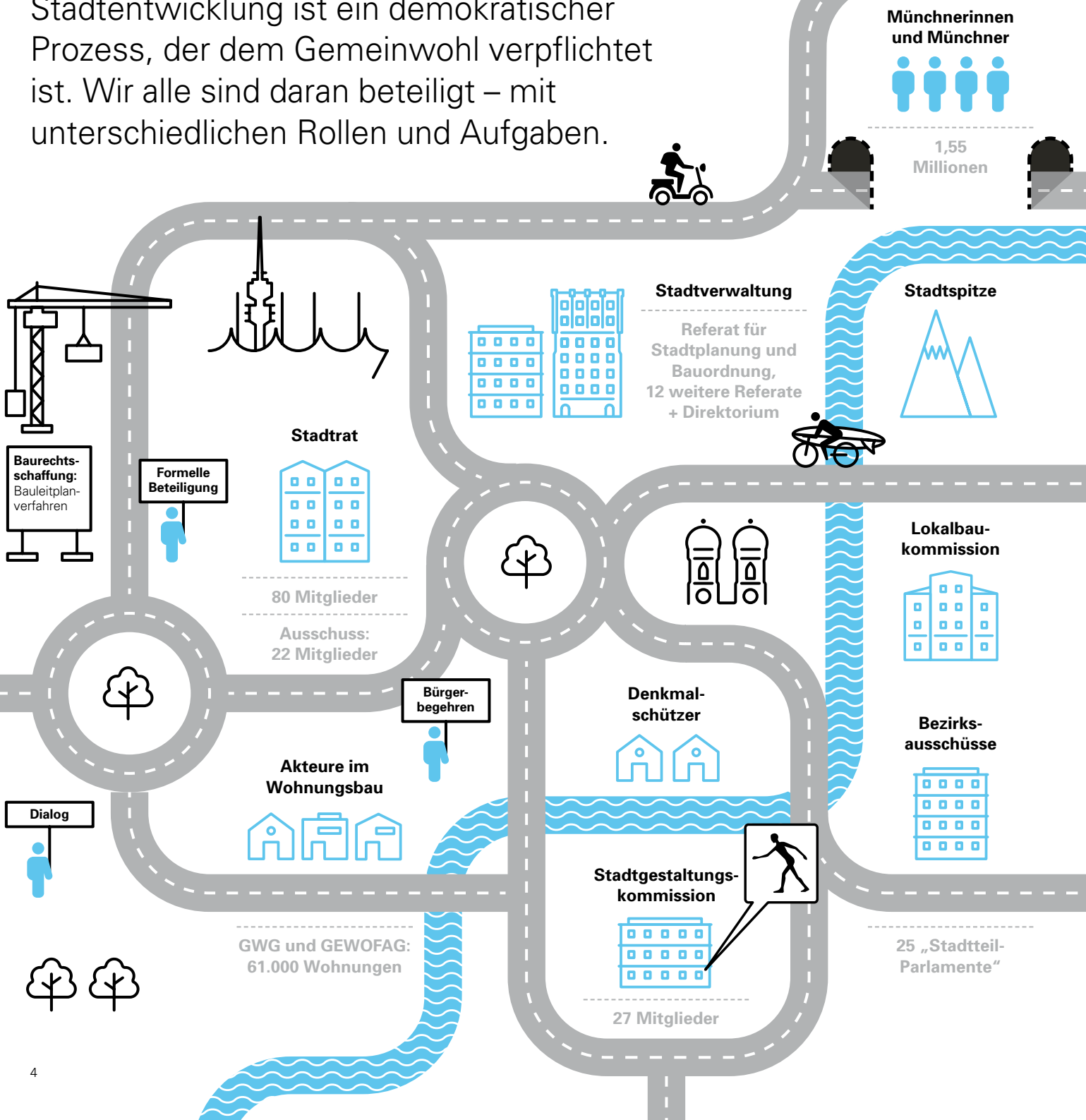
crossmedial aktiv, auch was die Beteiligungsformate betrifft. Trotzdem ist mir ein Dialog „face to face“ am liebsten.

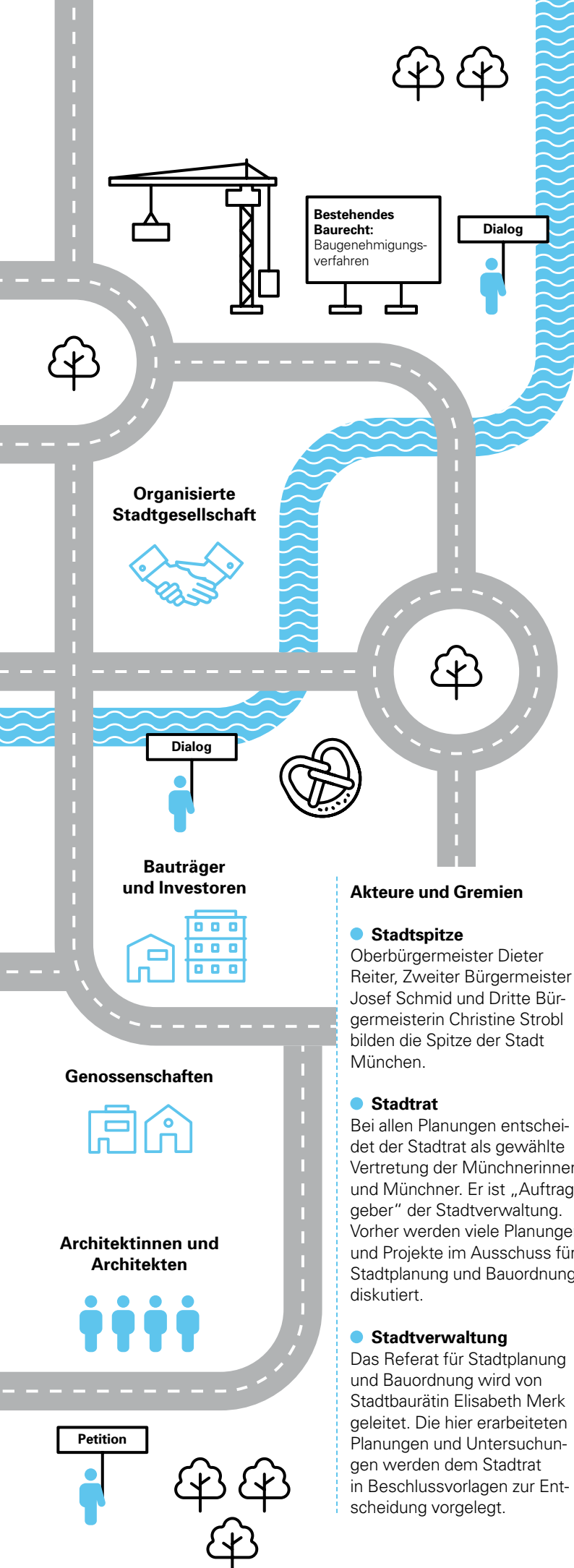
5. Welches Beteiligungsprojekt wünschen Sie sich für die Zukunft?

Eine breit angelegte Diskussion über die Frage, wie wir uns in Zukunft in der Stadt fortbewegen wollen und wie der Straßenraum gerechter aufgeteilt werden kann. Die Mobilitätsbedürfnisse haben sich stark verändert, die heutigen Verkehrssysteme stoßen an ihre Grenzen, die Digitalisierung und technische Innovationen zeigen neue Möglichkeiten auf. Neben dem Wohnen ist das Thema Mobilität in München für mich zentral. Bei diesem Thema kann jeder mitmachen, sogar ohne ein von uns organisiertes Beteiligungsformat: indem er sein eigenes Mobilitätsverhalten hinterfragt und zum Beispiel das Auto zum Einkaufen einfach mal stehen lässt und auf ein elektrobetriebenes Transportfahrzeug zurückgreift. Auch so kann man Stadt verändern!

Wer plant die Stadt, wer redet mit?

Stadtentwicklung ist ein demokratischer Prozess, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Wir alle sind daran beteiligt – mit unterschiedlichen Rollen und Aufgaben.





Akteure und Gremien

● Stadtspitze

Oberbürgermeister Dieter Reiter, Zweiter Bürgermeister Josef Schmid und Dritte Bürgermeisterin Christine Strobl bilden die Spitze der Stadt München.

● Stadtrat

Bei allen Planungen entscheidet der Stadtrat als gewählte Vertretung der Münchnerinnen und Münchner. Er ist „Auftraggeber“ der Stadtverwaltung. Vorher werden viele Planungen und Projekte im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung diskutiert.

● Stadtverwaltung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird von Stadtbaurätin Elisabeth Merk geleitet. Die hier erarbeiteten Planungen und Untersuchungen werden dem Stadtrat in Beschlussvorlagen zur Entscheidung vorgelegt.

● Bezirksausschüsse

Die „Stadtteil-Parlamente“ setzen sich für die Interessen der Anwohnerschaft ein. Sie werden bei allen Planungsfragen angehört und erfahren deshalb als erste von Bauvorhaben vor Ort. Wird in einer Bürgerversammlung einem Antrag mehrheitlich zugestimmt, muss dieser binnen drei Monaten vom Stadtrat oder Bezirksausschuss behandelt werden.

● Münchnerinnen und Münchner

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich zu informieren, zu beteiligen, ein Anliegen vorzubringen oder sich zu engagieren – in formellen, gesetzlich vorgeschriebenen und informellen, freiwilligen Beteiligungsverfahren. Die Ergebnisse der Beteiligung fließen in die weitere Planung und in die Entscheidungen des Stadtrats ein. Auch eigeninitiierte Verfahren wie Petitionen oder Bürgerbegehren schaffen Gehör und führen zum Erfolg. Durch bürgerschaftliches Engagement lassen sich eigene Projekte im Stadtteil direkt umsetzen.

● Organisierte Stadtgesellschaft

Im Gegensatz zu Bürgerinitiativen, die sich oft spontan gegen ein bestimmtes Vorhaben bilden, gibt es auch viele Gruppen, die die Entwicklung Münchens langfristig begleiten und mit der Verwaltung kooperieren.

● Bauträger und Investoren

Bauträger und Investoren spielen in der Entwicklung der Stadt eine zentrale Rolle. Denn die meisten Bauvorhaben entstehen auf privatem Grund. Generell darf nur gebaut werden, wenn Baurecht besteht.

● Lokalbaukommission

Die Lokalbaukommission im Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist mit tausenden Einzelentscheidungen und Beratungsstunden die größte Baugenehmigungsbehörde Deutschlands.

● Akteure im Wohnungsbau

Wichtige Akteure im Wohnungsbau sind die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG. Sie sind nicht nur für den preisgünstigen Wohnungsbau zuständig, sondern setzen auch innovative Konzepte um.

● Genossenschaften

Die Stadt fördert Genossenschaften. Diese kommen, ähnlich wie Baugemeinschaften, dem Wunsch nach mehr aktiver Mitsprache und individuellem Wohnen nach.

● Architektinnen und Architekten

Die Stadt lobt als öffentlicher Bauherr Architekturwettbewerbe aus. Wettbewerbe fördern Vielfalt, Ideen und Innovation bei der Lösung von Planungs- und Bauaufgaben. In den Preisgerichten sitzen Sach- und Fachpreisrichterinnen und -richter sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung.

● Stadtgestaltungskommission

Das ehrenamtliche Gremium wird bei Vorhaben hinzugezogen, die das Stadtbild stark beeinflussen. Die Kommission hat eine beratende Funktion.

● Denkmalschützer

Über Münchens historisch bedeutsame Bausubstanz wachen mehrere Stellen, unter anderem die Untere Denkmalschutzbehörde.

Stadt verändert sich, Kommunikation verändert sich

München wächst. Bis 2035 werden voraussichtlich über 1,85 Millionen Menschen in der Stadt leben, fast 20 Prozent mehr als noch 2015. Wachstum bedeutet Veränderung und muss diskutiert, erörtert und vermittelt werden.



Neue Wohnungen schaffen, die Infrastruktur ausbauen und Mobilität weiterdenken – das sind die zentralen Herausforderungen für die Stadtentwicklung in den nächsten Jahren.

Die Münchnerinnen und Münchner wollen diese Veränderung in ihrer Stadt aktiv mitgestalten, in Planungen einbezogen werden und Entscheidungen mitbeeinflussen.

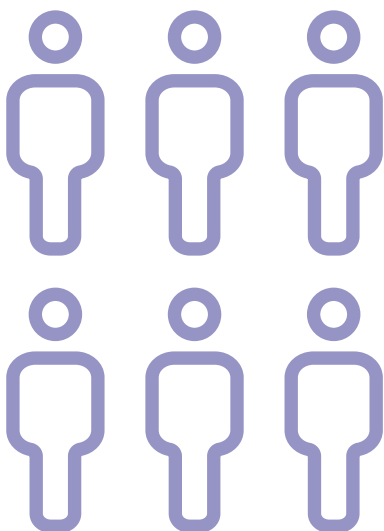
Beteiligung in der Stadtentwicklung und Stadtplanung hat in München eine lange Tradition: Bereits 1968 hat der damalige Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel das „Münchner Diskussionsforum für Stadtentwicklungsfragen“ ins Leben gerufen. Seit 1972 widmet sich das „Münchner Forum“ als gemeinnütziger Verein aktuellen Themen und Projekten an der Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik. Der Grundsatz der Bürgerbeteiligung ist in der Stadtentwicklungskonzeption Perspektive München seit 1995 fest verankert. Die intensiven Öffentlichkeitsphasen im Rahmen der regelmäßigen Fortschreibungen ermöglichen seitdem einen Dialog über die Zukunftsfragen und die strategische Ausrichtung der Stadt. In den Stadtteilen spielen die Bezirksausschüsse eine wesentliche Rolle bei der Einbindung der Bevölkerung und der Vermittlung lokaler Interessen.

Gut aufbereitete Informationen, transparente Prozesse und ein Dialog auf Augenhöhe

Vermittlung der Abwägungsprozesse und ein Ausgleich zwischen den Interessen

Viele Bürgerinnen und Bürger ergreifen selbst die Initiative und realisieren gemeinschaftlich organisiert eine Idee für ihren Stadtteil oder ihre Straße mit oder ohne Unterstützung der Stadt. Aber auch die Tendenz, sich gegen ein Planungs- oder Bauvorhaben zu engagieren, nimmt in München zu. Die Motive sind dabei so vielfältig wie die Gesellschaft selbst. Der Veränderungsdruck in der Stadt ruft Ängste hervor, denen oftmals durch Protest und Ablehnung Ausdruck verliehen wird.

Die Informations- und Beteiligungserwartungen der Bürgerinnen und Bürger haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Gut aufbereitete Informationen, transparente Prozesse und ein Dialog auf Augenhöhe werden als Standard erwartet. Das Internet und die sozialen Medien beeinflussen und beschleunigen die Kommunikation dabei massiv. Es sind aber vor allem die konkreten Planungen und Projekte vor Ort, an denen unterschiedliche Positionen und Bedürfnisse immer häufiger kollidieren und die Diskussionen zum Teil von Partikularinteressen bestimmt werden. Die Vermittlung der Abwägungsprozesse und der Ausgleich zwischen den Interessen wird angesichts der beschriebenen Herausforderungen einer wachsenden Stadt immer schwieriger.



Diesen gesellschaftlichen Dialog zu führen, ist Aufgabe von allen Planungsbeteiligten. Sie entspricht dem Anspruch an eine integrierte Stadtentwicklungspolitik und dem Leitmotiv einer Stadt im Gleichgewicht. Um der Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht zu werden, muss Stadtentwicklung eine langfristige, dem Allgemeinwohl verpflichtende Perspektive einnehmen.

Neben der formellen Bürgerbeteiligung haben sich in München vielfältige informelle Formate bewährt. Bei Planungsprojekten von großem öffentlichen Interesse steht ein ganzer Werkzeugkasten an Methoden und Instrumenten zur Verfügung – von der Ideenwerkstatt bis zu partizipativen Wettbewerbsverfahren, vom Online-Dialog bis zum Bürgergutachten. Die Wahl der Methode orientiert sich am jeweiligen Bedarf. Verschiedene Instrumente und Bausteine der Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligungsformen sind dabei kombinierbar, bauen aufeinander auf oder werden entsprechend weiterentwickelt.

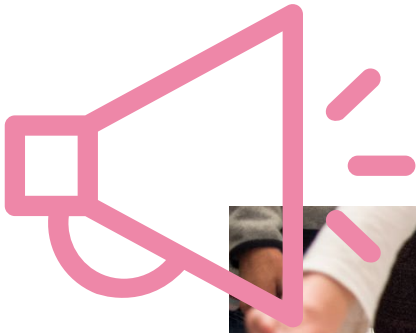
Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der wachsenden Vielfalt der Stadtgesellschaft wird es in der Kommunikation und Beteiligung zunehmend wichtiger werden, möglichst verschiedene, zielgruppenbezogene Angebote zu machen. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung setzt deshalb auf sehr differenzierte, nicht standardisierte Verfahren sowie eine kontinuierliche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, um zu aktivieren, zu informieren, zu vermitteln und zu beteiligen.

Die große Offenheit zur Partizipation und ein klares Bekenntnis zu einer hohen Planungskultur seitens des Referats erhöht die Transparenz von immer komplexer werdenden Planungsprozessen und die Mitsprachemöglichkeiten einer engagierten Bürgerschaft in München.



Gesellschaftlicher Dialog als Aufgabe aller Planungsbeteiligten

Differenzierte, nicht standardisierte Verfahren und eine kontinuierliche Kommunikation



Qualität der Beteiligung

Einfache Grundsätze,
herausfordernde Umsetzung

Von Klaus Selle

„Es geht nicht mehr ohne...!“ Diesen Satz hört man landauf, landab, wenn gefragt wird: Warum Bürgerbeteiligung?

Mit der Antwort sind nicht in erster Linie gesetzliche Vorschriften gemeint, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger in den Städten, die von Politik und Verwaltungen mehr Transparenz und Mitsprachemöglichkeiten einfordern. Die Stadtgesellschaft sei lebendig geworden, heißt es dann etwa, und sie gebe sich – unüberhörbar – mit obrigkeitlichem Handeln alten Stils nicht zufrieden.

Diese Botschaft scheint inzwischen überall angekommen zu sein und hat die Praxis sehr verändert. Allerdings unterscheidet sich die Qualität der Beteiligung von Gemeinde zu Gemeinde und von Stadt zu Stadt erheblich, auch zwischen verschiedenen Ressorts innerhalb einer Kommune und gelegentlich sogar zwischen verschiedenen Anlässen und Verfahren.

Das ließ in manchen Städten den Ruf nach einheitlichen Leitlinien für das partizipative Handeln laut werden. Und so machte man sich in zum Teil aufwändigen Verfahren an die Erarbeitung solcher Grundsätze.

Nicht überall sieht man diesen Bedarf. Unter anderem verweisen Städte mit einer über lange Jahre erprobten Beteiligungskultur – wie etwa München – darauf, dass sie doch schon längst auf einem entsprechenden Niveau verlässlich agierten. Im Übrigen ließe sich die Vielfalt unterschiedlicher Beteiligungsanlässe und -gegenstände nicht über einen Kamm scheren, man müsse also auch ausreichend individuelle Gestaltungsspielräume haben.

Dabei sind die Positionen so unterschiedlich nicht. Denn der gemeinsame Nenner vieler Leitlinien ebenso wie die Erfahrungen der Beteiligungspraxis machen zweierlei deutlich: Ob Beteiligung gelingt, ist in erster Linie abhängig von einer gemeinsamen Grundhaltung, die man am besten mit dem englischen Wort „common sense“ bezeichnen kann. Und, zweitens: Nicht die Grundsätze, Prinzipien oder Philosophien sind entscheidend (denn: Papier ist geduldig), sondern ihre Umsetzung.

Zwei Grundprinzipien

Was das heißt, sei an zwei einfachen Beispielen erläutert:

1. Bevor man über Beteiligung reden kann, muss man über Transparenz und damit über Information reden.
2. Wer über Beteiligung spricht, muss die Frage stellen, von wem da die Rede ist, wer sich also beteiligt und wer nicht.

Was so einfach und einleuchtend klingt, steckt allerdings im wirklichen Leben voller Herausforderungen. Beginnen wir bei der Transparenz: Dass Inhalte und Verfahren wichtiger Vorhaben frühzeitig bekannt gemacht und erläutert werden sollen, dürfte unstrittig sein. Vielfach geschieht das auch. Und dennoch gibt es Ärger. Fragt man nach den Gründen, so erfährt man von Beteiligten oft: Ja,

am Anfang sei man informiert worden und dann habe man auch miteinander geredet, aber danach habe Funkstille geherrscht – und herausgekommen sei etwas, das man gar nicht mehr nachvollziehen könne. Will sagen: Transparenz ist in der Praxis zumeist nur eine Momentaufnahme. Die uneingelöste Herausforderung lautet: Wie kann man das, was in verwickelten und nicht selten langjährigen Prozessen geschieht, über die ganze Verfahrensdauer hinweg sichtbar halten und verständlich machen?

Zur Transparenz gehört auch, dass man über die Ziele, die mit Vorhaben zusammenhängen, und die Interessen, die mit ihnen verbunden sind, informiert wird. Alle, die die Praxis kennen, wissen: Das geschieht vielfach lediglich in homöopathischen Dosen. Die Kommune äußert sich in geglätteten Formulierungen, von Interessen Privater ist zumeist gar nicht die Rede und auch manche protestierende Bürger verstecken ihre Interessen hinter dem Feldhamster und der Knäkente. Das hat den ehemaligen Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt einmal zu der Bemerkung veranlasst, bei der Bürgerbeteiligung werde ihm zu viel gelogen.

Womit nicht zuletzt darauf verwiesen wird, dass Transparenz wie viele andere Qualitätsanforderungen an Beteiligungsprozesse keine Einbahnstraße ist. Um sie einzulösen, müssen alle mitwirken.

Ein zweiter, ebenfalls einfacher und unstrittiger Grundsatz: Allen soll die Gelegenheit zur Mitwirkung geboten werden. Aber es sind nicht „alle“, die dieses Angebot nutzen. Wenn es um mehr geht als um ein schnelles Voting im Internet, sind lediglich ein, zwei Prozent der Stadtbevölkerung in Beteiligungsverfahren aktiv. Und auch diese Gruppe ist noch sozial asymmetrisch zusammengesetzt.

Soziologen befürchten schon lange, dass traditionelle Beteiligungsangebote die Ungleichheit gesellschaftlicher Teilhabe eher verschärfen denn mindern. Sie fordern daher „inklusive“ Beteiligen, also das ausdrückliche Ein-

beziehen ansonsten schweigender Gruppen. Auch Beteiligungspraktiker wissen, dass oft die Menschen, um die es geht, gerade nicht zu den Bürgerversammlungen kommen – ob es nun um die jungen Familien bei der Quartiersentwicklung, die Jugendlichen bei der Platzumgestaltung oder viele andere Gruppen geht. Wer solchen Defiziten entgegenwirken will, muss „aufsuchend“ beteiligen. Und wem an repräsentativen Meinungsbildern gelegen ist, der wird mit Befragungen oder – wie es derzeit zunehmend praktiziert wird – mit Gruppen, die über Zufallsverfahren gebildet wurden, arbeiten.

Das sind nur zwei Beispiele. Zwei einfache Grundsätze des Beteiligens, die deutlich machen: Es ist leicht, sich auf sie zu verständigen. Aber es kann herausfordernd sein, ihnen in der Praxis gerecht zu werden.



● Zur Person

Klaus Selle ist ein deutscher Stadtplaner und Stadtforscher. Er war von 2001 bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen und ist weiterhin im Rahmen von „NetzwerkStadt“ (netzwerk-stadt.eu) aktiv. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die kommunikative Gestaltung von Prozessen und die kooperative Projektentwicklung. Zu diesen Themen hat Selle die Bücher „Über Bürgerbeteiligung hinaus – Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe“ und „Stadt entwickeln. Arbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe“ sowie weitere Publikationen verfasst.

Kategorien und Instrumente

Basis- Öffentlichkeits- arbeit

- Internetseiten
- Flyer, Handzettel, Broschüren
- Informationsveranstaltungen
- ...



Erweiterte Öffentlichkeitsarbeit mit partizipatorischen Elementen

- Erörterungsveranstaltungen
- freiwillige Einwohnerversammlungen
- Ausstellungen
- Podiumsdiskussionen
- Runde Tische
- Werkstattgespräche/ Bürgerworkshops
- ...

Die Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung ist vielseitig. Je höher der Grad der Beteiligung, desto mehr Instrumente kommen zum Einsatz.

Umfassende Öffentlichkeitsarbeit mit Bürgerbeteiligung

Kategorien



- Projektbezogene Newsletter/ Mailings
- Veranstaltungsreihen
- Exkursionen
- Partizipative Wettbewerbsverfahren
- Online-Dialoge
- Open Space
- Bürgergutachten
- Stammtische
- ...

Instrumente

- **Ziele:**
**Stadtentwicklung vermitteln,
Transparenz schaffen**

Der PlanTreff

Planungen, Projekte und Stadtentwicklungsthemen transparent und bürgernah vermitteln – die Kommunikation des PlanTreffs kennt viele Wege.

In den 1990er Jahren hält bei der Stadt München eine neue, offene Planungskultur Einzug. Sichtbarstes Zeichen ist der PlanTreff, der 1995 in der Blumenstraße 31 im Herzen der Stadt gegründet wird. Die Informationsstelle zur Stadtentwicklung ist die zentrale Plattform, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über das neue Stadtentwicklungskonzept Perspektive München ins Gespräch zu kommen. Eine solche Einrichtung ist ein Novum in Deutschland – der PlanTreff übernimmt eine Vorreiterrolle.

Nach den früheren Stadtentwicklungsplänen setzt die Perspektive München nicht mehr auf einen starren Plan. Sie schafft stattdessen einen Orientierungsrahmen, um die Stadt nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten und flexibel auf unvorhersehbare Entwicklungen reagieren zu können. Die Bürgerinnen und Bürger werden an der Erarbeitung beteiligt. 1998 beschließt der Stadtrat das neue Stadtentwicklungskonzept mit seinen Leitlinien, das mittlerweile mehrfach fortgeschrieben wurde.

Doch damit ist die Arbeit noch lange nicht getan – im Gegenteil. Damit „Planung im Prozess“ auch in Zukunft funktioniert, setzt der PlanTreff seine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit fort. Und die Aufgaben werden vielfältiger. Denn mehr und mehr Menschen interessieren sich für Stadtentwicklungsthemen, wollen in Planungen einbezogen werden und fordern gut aufbereitete Informationen sowie einen Dialog auf Augenhöhe.

Der PlanTreff denkt Planung von Nutzerseite. Er erstellt Kommunikationskonzepte, etabliert neue Formate und vermittelt Stadtentwicklungsthemen transparent und bürgernah. Jährlich finden in der Blumenstraße 31 mehr als 50 Veranstaltungen und Vorträge für Delegationen, Studierende und die interessierte Öffentlichkeit statt. Der PlanTreff erstellt Broschüren, Flyer und Magazine, etwa den Werkbericht oder das Magazin zur langfristigen Siedlungsentwicklung. Ganzjährig zeigt er wechselnde Ausstellungen und konzipiert immer zu Jahresbeginn unter dem Motto „Zukunft findet Stadt“ eine große Ausstellungsreihe im Rathaus. 2018 wurde ein neuer Besucherrekord aufgestellt: In acht Wochen kamen 26.400 Interessierte, rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Beliebte Formate sind auch das „Gespräch zur Stadtbaukultur“ mit Stadtbaurätin Elisabeth Merk und die Stadtspaziergänge in der Reihe „PlanTreff vor Ort“, bei denen sich Interessierte über

- **Steckbrief:**

Laufzeit: Seit 1995

Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Vereine, Stakeholder, Studierende, andere Kommunen

Formate: Vor-Ort und online

aktuelle Planungen informieren und mit Fachleuten ins Gespräch kommen können. Neue Mitmach-Formate wie Urban Slams und etabliertere wie der Münchner Schulwettbewerb zur Stadtentwicklung ergänzen das Angebot.

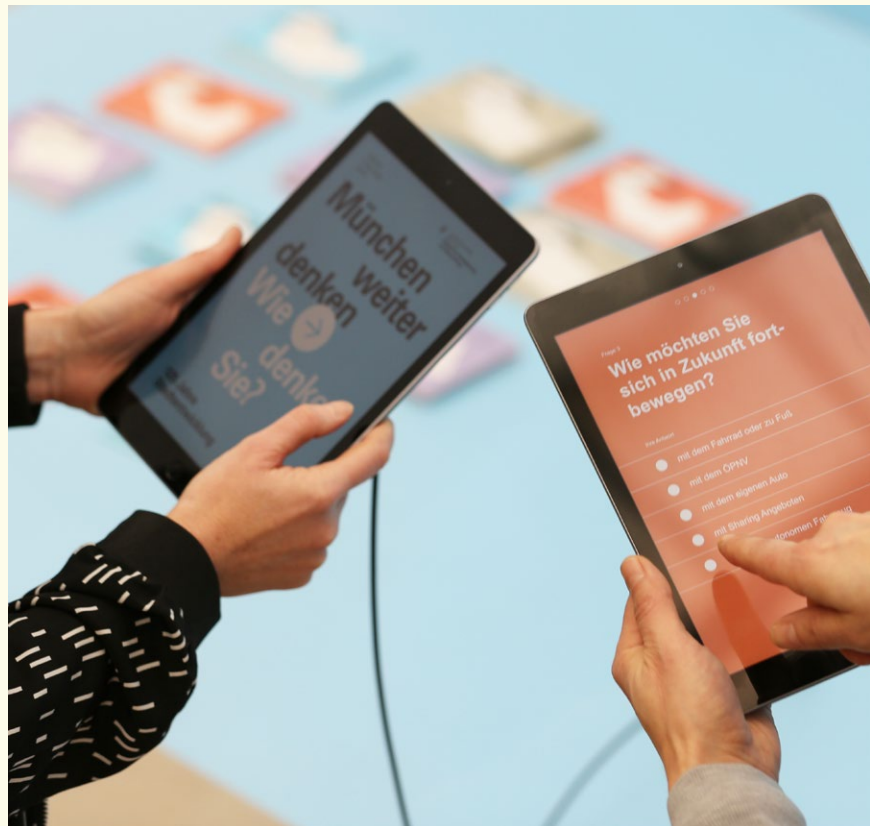
Über die Themen des Referats informiert der PlanTreff tagesaktuell im Internet: Er ist dort mit mehreren Plattformen, Webfilmen und auf dem Social-Media-Kanal Twitter präsent. Alle drei Monate erscheint ein Newsletter.

Der PlanTreff vernetzt Akteure aus Stadtentwicklung, Planung und Architektur und sucht den Austausch mit anderen Kommunen und der Stadtgesellschaft. Er beteiligt sich an großen Münchner Veranstaltungsreihen wie der Architekturwoche, der Langen Nacht der Architektur und der Munich Creative Business Week. Mit dem Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt – Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln“ unterstützt er bürgerschaftliches Engagement. Alle Veranstaltungen, Ausstellungen und Angebote sind öffentlich zugänglich und kostenlos.



Anne Hogeback, Leiterin PlanTreff

„Unsere Aufgaben haben sich stark gewandelt. Die Münchnerinnen und Münchner fordern mehr Mitsprache ein als früher. Deshalb werden wir noch mehr Formate zum Informieren und Mitreden anbieten. Dabei müssen wir die Gestaltungsspielräume und Grenzen klar benennen.“



Oben: Der PlanTreff setzt mehr und mehr auch auf digitale Kommunikationswege.

Links: Die Ausstellung in der Rathausgalerie stand 2018 unter dem Titel „München weiterdenken“. In acht Wochen fanden drei öffentliche Abendveranstaltungen, ein Kinder- und Jugendworkshop, sieben ausgebuchte Stadtpaziergänge und 46 Ausstellungsführungen statt.

- **Ziele:**
Bürgerinnen und Bürger
frühzeitig einbinden,
Transparenz schaffen,
Bedürfnisse und Probleme
identifizieren

Das ehemalige Paulaner-Gelände

Bei dem Wohnungsbauprojekt in der Au kommt ein neuartiges, zweistufiges Wettbewerbsverfahren mit erweiterter Bürgerbeteiligung zum Einsatz.

- **Steckbrief:**

Laufzeit: Mai 2012 bis 2013

Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger

Formate: Vor-Ort

Rechte Seite: Der Ablauf des zweistufigen Wettbewerbsverfahrens für die drei Teilgebiete Ohlmüller-, Reger- und Welfenstraße, grafisch dargestellt. Für das Paulaner-Verwaltungsgebäude an der Ohlmüllerstraße gab es einen gesonderten Realisierungswettbewerb.

Linke Seite: Die Baustelle an der Ohlmüllerstraße, aufgenommen im Juni 2018.

Der Nockherberg hat in München eine lange Tradition, als Gaststätte und mit der Paulaner Brauerei auch als Arbeitgeber. Die Nachbarschaft identifiziert sich sehr stark mit diesem Ort. Als die Brauerei ankündigt, Produktion und Logistik von der Innenstadt an den Stadtrand zu verlagern und Platz für rund 1.500 Wohnungen zu schaffen, ist die Unruhe groß. Viele fürchten um die Identität ihres Stadtteils.

Die Stadt will die Bürgerschaft frühzeitig einbinden und entwickelt zusammen mit der Bayerischen Hausbau ein deutschlandweit neues Format der Beteiligung: Der Architektenwettbewerb für das 9,1 Hektar große Gelände wird in zwei Phasen unterteilt. Um den Regularien der Richtlinie für Planungswettbewerbe zu genügen, wird die Anonymität der teilnehmenden Büros nach der ersten Phase aufgehoben. So können die Entwürfe bei unterschiedlichen Veranstaltungen öffentlich diskutiert werden.

Die erste Veranstaltung findet vor Auslobung des Wettbewerbs statt: Bei einer Podiumsdiskussion formulieren die Bürgerinnen und Bürger Wünsche für die Entwicklung des Geländes. Die zwölf eingeladenen nationalen und internationalen Büros bekommen diese

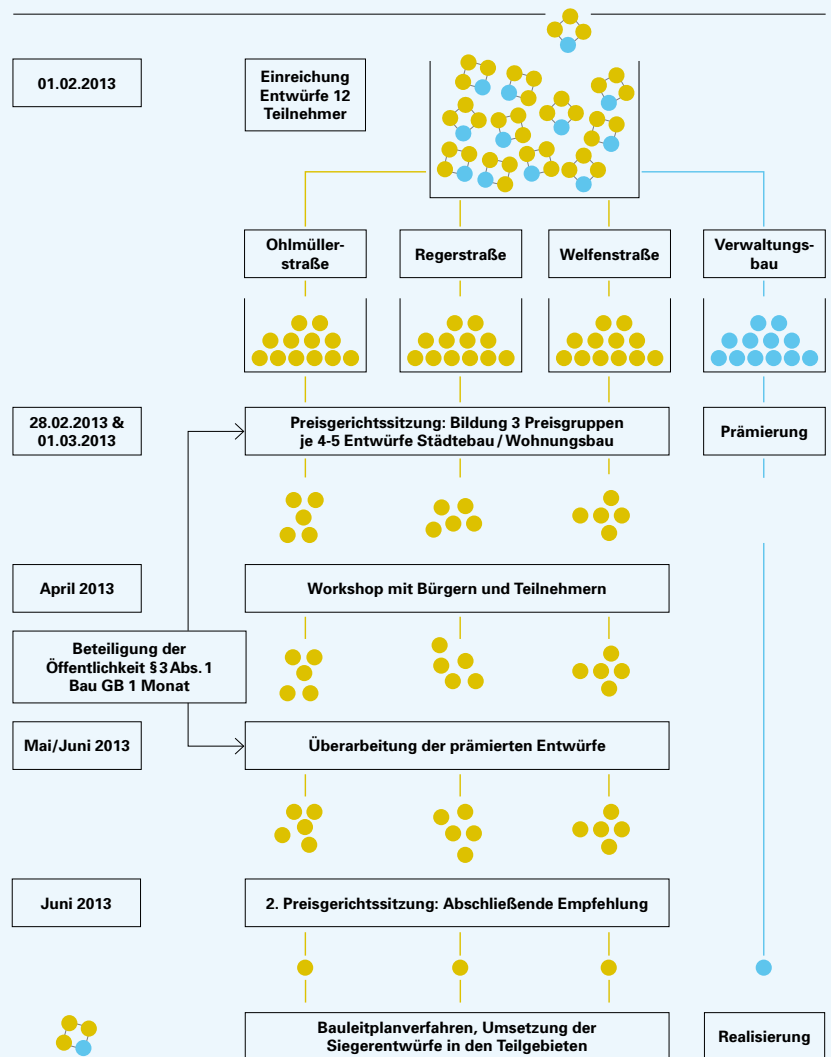




Andreas Uhmann, Projektleiter

„Eine so frühzeitige und engmaschige Beteiligung hatten wir in München noch nie! Alle Veranstaltungen waren gut besucht, die Ausstellung sahen sogar 1.500 Leute. Die Architekturbüros und die Bayerische Hausbau griffen viele Anregungen auf. Allerdings trägt ein solches Verfahren eher den Sorgen der Nachbarschaft als den Wünschen der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner Rechnung. Auch den Wunsch nach mehr preisgünstigem Wohnraum konnten wir nicht erfüllen. Das geht nur bei städtischen Flächen. Die Befürchtung der Architektenkammer, dass diese Art der Beteiligung zu einer Verwässerung der Entwürfe führt, hat sich nicht bestätigt – im Gegenteil: Es kamen sehr individuelle Arbeiten heraus.“

Struktur des Wettbewerbsverfahrens



Wünsche über die Aufgabenstellung mit auf den Weg. Nach Phase eins bildet die Jury, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadt, der Politik, der Wissenschaft, des Bauherrn sowie fachlichen Expertinnen und Experten zusammensetzt, für jedes der drei Planungsgebiete eine Preisgruppe mit je vier bis fünf Entwürfen. Der Wegfall der Anonymität hat den Vorteil, dass Preisgericht und Büros bei einem Bürgerworkshop die Entwürfe selbst vorstellen können und ein direktes Feedback erhalten. Außerdem findet schon jetzt die frühzeitige Beteiligung nach Baugesetzbuch samt Erörterungsveranstaltung statt, es gibt eine Ausstellung und Führungen. Die Äußerungen der Bürgerinnen und Bürger

fließen in die Überarbeitungsphase ein. Nach der zweiten Phase trifft die Jury ihre endgültige Entscheidung und stellt diese bei einer zweiten Podiumsdiskussion vor.

Die Empfehlung des Preisgerichts ist Grundlage für das Bauleitplanverfahren. Ein Gestaltungsbeirat bewertet die Qualität der Bauvorhaben bis zur Genehmigungsreife. Einmal im Jahr informieren die Landeshauptstadt München und die Investorin über den Planungsfortschritt auf dem Paulaner-Gelände.

Für die Stadt München hat sich das Verfahren bewährt: Die Architekturbüros griffen viele Bürgerwünsche auf. So wird auf dem an der Isarhangkante

gelegenen Areal auf Hochhäuser verzichtet, der geförderte Wohnungsbau wird gleichmäßig auf alle drei Teilgebiete verteilt. Der kleinteilige Charakter der Häuser in der Nachbarschaft wird durch eine differenzierte Fassadengestaltung und Höhenentwicklung aufgegriffen.

In München kommen zweistufige Wettbewerbsverfahren dieser Art nun auch bei anderen bedeutsamen Vorhaben, wie im neuen Stadtteil Freiham, zum Einsatz. Mehr Infos zum Wettbewerb für den zweiten Realisierungsabschnitt Freiham Nord und weitere Beteiligungsformate in Freiham finden Sie im Freiham-Magazin 6/2018!

● **Ziele:**

Miteinander im Stadtteil stärken,
Identifikation erhöhen,
Verantwortung für den öffentlichen Raum fördern



Stadtteil- management im Sanierungs- gebiet Giesing

Bürgerbeteiligung bei Sanierungsprojekten geht weit über allgemeine Beteiligungsverfahren hinaus. Die Maßnahmen in den Sanierungsgebieten können so bedarfsgerechter und nachhaltiger umgesetzt werden. Besonders gut gelingt das in Giesing.

● **Steckbrief:**

Laufzeit: Seit 2005

Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Vereine, Lokalpolitik, soziale und kulturelle Einrichtungen, Kinder und Jugendliche

Formate: Vor-Ort

Das Gebiet um die Tegernseer Landstraße, den McGraw-Graben und die Chiemgaustraße hat wenig Grünflächen und ist dicht bebaut. Es grenzt an den Mittleren Ring, der für die Anwohnerinnen und Anwohner eine große Belastung und Barriere ist. Außerdem ist der soziale Handlungsbedarf im Viertel groß. Um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, die Identifikation mit dem Stadtteil zu erhöhen und diesen gemeinsam weiterzuentwickeln, wird 2005 im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „So-

ziale Stadt“ ein Stadtteilmanagement eingerichtet. Die Bandbreite der Beteiligungsprojekte ist groß.

Unmittelbare Anlaufstelle ist der Stadtteilladen in der Tegernseer Landstraße („TeLa“): Zwei Stadtteilmanagerinnen und -manager koordinieren von dort aus alle Aktivitäten der Stadtsanierung und kümmern sich um die Beteiligung, Vernetzung und Langzeit-Aktivierung der Anwohnerinnen und Anwohner. Sie gehen davon aus, dass die Menschen selbst am besten wissen, wie ihr Stadtteil aussehen soll. Das Stadtteilmanagement betreibt Öffentlichkeitsarbeit zu allen Neuerungen, die im Sanierungsgebiet passieren. Es gibt zweimal im Jahr das kostenfreie Magazin „giesinger“ heraus, versendet Newsletter und macht Pressearbeit.

Das Stadtteilmanagement wird von der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) betrieben und organisiert die Koordinierungsgruppe als zentrales Steuerungsgremium der Sozialen Stadt Giesing. Damit möglichst viele Interessen und Sichtweisen vertreten sind, arbeiten hier in etwa 30 Aktive zusammen, neben Bürgerinnen und Bürgern auch Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, der Bezirksausschüsse, von Vereinen, Institutionen, Schulen und religiösen Einrichtungen. Die Koordinierungsgruppe entscheidet, welche Projekte aus dem so genannten Verfügungsfonds mit bis zu 2.600 Euro finanziert werden. Diese „Mikro-Projekte“ reichen vom Straßenfest über Koch-Aktionen mit Geflüchteten bis hin zu Krimi-Lesungen

unter dem Motto „Tatort TeLa“. Einen Antrag stellen kann jeder, die zeitnahe Umsetzung der Projekte steigert die Motivation.

Doch auch an größeren Projekten werden die Bürgerinnen und Bürger beteiligt: Seit 2010 wird der Weißen-seepark unter intensiver Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer in drei Bauabschnitten umgestaltet. Um Nutzungskonflikten vorzubeugen und das Verantwortungsgefühl für den Park zu fördern, begleitet das Stadtteilmanagement seine „Inbesitznahme“. Gemeinsam mit dem Netzwerk „Regsam“ („Regionalisierung sozialer Arbeit München“) und dem örtlichen Bezirksausschuss initiiert es ein umfangreiches Sommerprogramm für Jung und Alt. Daraus entsteht das inzwischen auf Vereinesebene organisierte, alljährliche Sommerfest „Sommer im Park“, das auch Gruppen anspricht, die sonst schwer zu erreichen sind. Der Weißen-seepark ist mittlerweile einer der meistbesuchten Parks in München und somit fest „im Besitz“ der Giesingerinnen und Giesinger.

Mit einem innovativen Ansatz in Besitz genommen wird auch der „Giesinger Grünsitz“. Seit 2015 ist der Verein „Green City“ beauftragt, die Freifläche mit verschiedenen Aktionen zu bespielen – das Areal soll der Öffentlichkeit auch langfristig zur Verfügung stehen. Beim gemeinsamen Gärtnern, Möbelbauen, Stricken, Gestalten und Spielen finden Menschen über die Grenzen von Kulturen und gesellschaftlichen Schichten zueinander.



Beate Harrer, Gebietsbetreuerin

„Giesing ist ein sehr aktiver Stadtteil, mit dem sich die Leute stark identifizieren. Darauf baut auch das Stadtteilmanagement auf. Nach mehr als zwölf Jahren hat es sich gut etabliert, ein großes Netzwerk ist entstanden. Bei den Projekten, die wir mit dem Verfügungsfonds fördern, bin ich immer wieder begeistert, auf was für kreative Ideen Privatleute und Akteure vor Ort kommen und mit welchem Engagement sie etwas in ihrem Stadtteil bewirken wollen. Das ist wie eine Art Kreativ-Labor. Super angenommen wird zum Beispiel die ausgemusterte Telefonzelle, die vor der Philippuskirche als eine Art Spendenbox fungiert.“



Linke Seite: Der Giesinger Grünsitz wurde einst von einem Autohändler genutzt und ist heute ein beliebter Treffpunkt.

Rechte Seite: Unmittelbare Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ist der Stadtteilladen in der Tegernseer Landstraße.

● **Ziele:**

Akzeptanz für die Planungen erhöhen, Transparenz schaffen, lokales Wissen nutzen

Münchner Nordosten

Ein mehrjähriger Beteiligungsprozess begleitet die Entwicklung von mehreren Stadtteilen für bis zu 30.000 Menschen am Stadtrand. Er setzt sich aus zahlreichen Bausteinen zusammen.

Der Münchner Nordosten ist die letzte große zusammenhängende Freifläche innerhalb der Stadtgrenzen. Das 600 Hektar große Areal birgt großes Potenzial für die Schaffung dringend benötigter Wohnungen. Östlich der Flughafenlinie S8 könnten in den nächsten Jahrzehnten mehrere Stadtteile für 30.000 Menschen sowie 10.000 Arbeitsplätze entstehen. Die Gegend ist dünn besiedelt und ländlich geprägt, eine Entwicklung bringt große Veränderungen mit sich. Die Stadt setzt auf eine sehr frühzeitige Kommunikation und bezieht die Öffentlichkeit mit ungewöhnlichen Beteiligungsformaten in die ersten strukturellen Überlegungen und Voruntersuchungen ein.

Zum Auftakt der ersten Öffentlichkeitsphase organisiert die Stadt 2014 eine Podiumsdiskussion, eine Busrundfahrt in Kooperation mit der Münchner Volkshochschule und eine Ideenwerkstatt. 2015 finden im Münchner Nordosten Straßenumfragen und Experteninterviews statt, um ein möglichst umfassendes Bild über die Stärken und Schwächen des Gebiets sowie lokale Akteure und Nutzergruppen zu erhalten. Die Ergebnisse werden im Sommer 2015 bei einem großen Beteiligungs-Workshop vorgestellt, zu dem auch die Eigentümerinnen und Eigen-

tümer eingeladen sind. Sie dienen den Planerinnen und Planern als Grundlage für drei Entwicklungsvarianten, die zu den Themen Landschaft, Siedlung und Verkehr im Zuge von vorbereitenden Untersuchungen als planerische Zielvorstellungen erarbeitet werden.

Die drei Varianten werden im Frühjahr 2017 in einer breit angelegten, zweiten Öffentlichkeitsphase fünf Wochen lang diskutiert. Es gibt verschiedene Veranstaltungen, die sich an unterschiedliche Zielgruppen richten, um die verschiedenen Belange zu berücksichtigen: an die Eigentümerinnen und Eigentümer der Grundstücke, an Bürgerinnen und Bürger, an Jugendliche, die lokale Politik und die Nachbargemeinden. Während einer begleitenden Ausstellung sind dann alle Münchnerinnen und Münchner eingeladen, mit Fachleuten aus den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Pferde- und Freizeitsport sowie Bildung zu diskutieren. Außerdem findet ein Symposium statt, bei dem aktuelle Planungen aus Freiburg, Zürich und der Region Kopenhagen mit ähnlichen Herausforderungen erläutert werden. Die Jugendlichen können in Digitalwerkstätten und bei einer Tagung ihre Wünsche und Ideen für den Münchner Nordosten äußern, für das erwachsene Publikum gibt

● **Steckbrief:**

Laufzeit: März und April 2017

Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Jugendliche, Nachbargemeinden, lokale Akteure, lokale Politik

Formate: Vor-Ort



es zwei Bürgerworkshops. Zu den Veranstaltungen kommen insgesamt 1.600 Besucherinnen und Besucher, die 2.000 Anmerkungen hinterlassen. Die meisten haben einen Bezug zum Projektgebiet, bei Menschen aus anderen Stadtteilen ist das Interesse weniger groß.

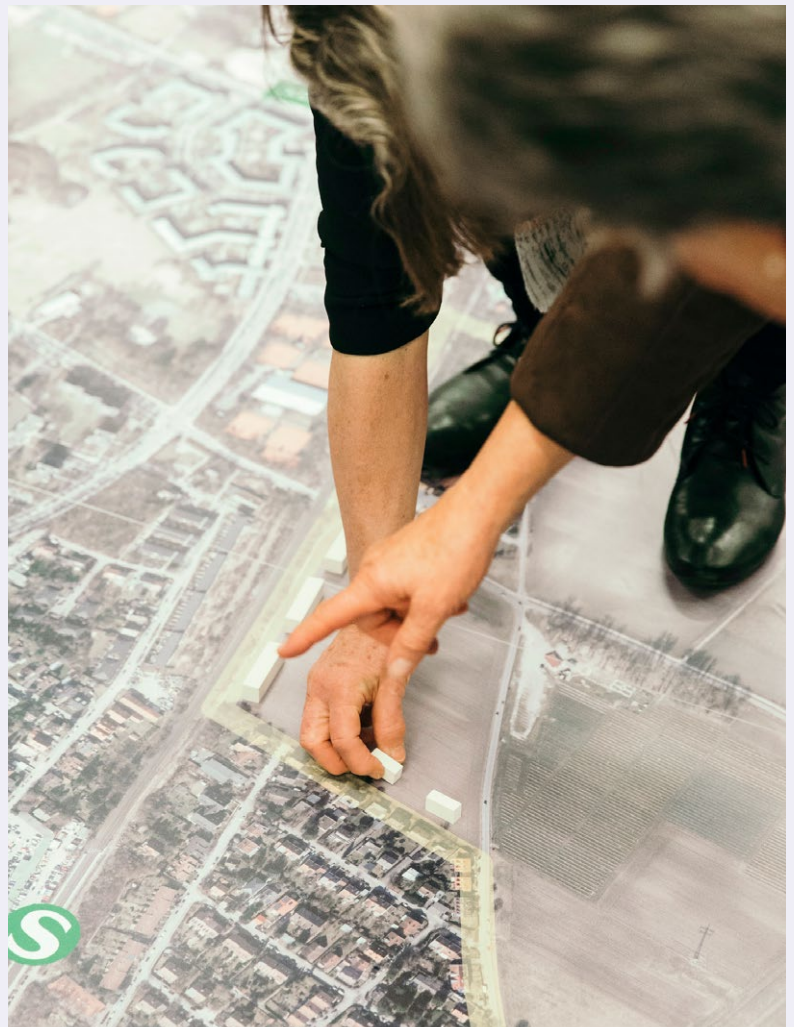
Eine Forderung aus der Öffentlichkeitsphase ist, das Ideenspektrum über die drei Entwicklungsvarianten hinaus zu öffnen, weitere Alternativen aufzuzeigen und diese zu konkretisieren. Deshalb spricht sich der Stadtrat im Dezember 2017 für einen zweistufigen Ideenwettbewerb aus. Auch hier wird es wieder zahlreiche Veranstaltungen für die Öffentlichkeit sowie die Eigentümerinnen und Eigentümer geben, unter ihnen auch Landwirte. Für landwirtschaftliche Fragestellungen wird ein gesamtstädtisches agrarstrukturelles Gutachten erstellt, das auch den Münchner Nordosten betrifft.

Der gesamte Prozess wird von einem eigens konzipierten Journal, einem projektbezogenen Newsletter und einem „Stammtisch zur Stadtentwicklung“ vor Ort begleitet, einer Initiative des örtlichen Bezirksausschusses und des privaten Nord-Ost-Forums.



Ruth Büchele, Projektleiterin

„Mit dem Beteiligungsprozess haben wir Neuland betreten. Ein Projekt von solch einer Langfristigkeit und Dimension – und mit so vielen Akteuren – hatten wir bisher in München noch nicht. Da es kein formelles Bebauungsplanverfahren gibt, gibt es auch keine gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsschritte. Deshalb waren wir von Anfang an sehr frei in der Gestaltung – was schön, aber nicht immer einfach war. Persönlich fand ich die Jugendtagung am Schönsten. Da war eine große Offenheit für Veränderungsprozesse da. Mit dem JFF-Institut für Medienpädagogik hatten wir zum Glück einen erfahrenen, gut vernetzten Partner an der Seite, so dass wir viele Jugendliche erreicht haben.“



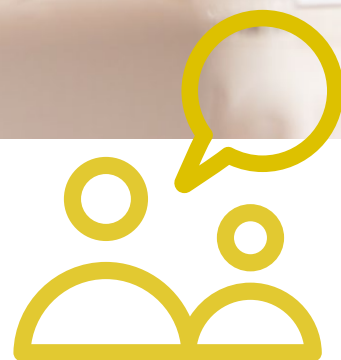
Oben: Bei der Ausstellung in der ehemaligen Siemens-Kantine können Ideen für den Münchner Nordosten mit Holzklötzchen visualisiert werden.

Links: Mit rund 100 Besucherinnen und Besuchern setzt die Abschlussveranstaltung den Schlusspunkt der fünfwöchigen Öffentlichkeitsphase im Frühjahr 2017.

Bürger- beteiligung gestern, heute, morgen



Im Gespräch mit den Haupt-
abteilungsleiterinnen und -leitern
des Referats für Stadtplanung
und Bauordnung über Traditionen,
Trends und Herausforderungen
in München



Arne Lorz

„Ich wünsche mir ausreichend Ressourcen, um Kommunikation in einer Großstadt angemessen betreiben zu können.“

Sie alle sind schon lange in der Stadtplanung und Stadtentwicklung tätig und hatten schon viel mit Beteiligungsprozessen zu tun. Gibt es ein Aha-Erlebnis, das Sie und Ihre Arbeit bis heute prägt?

Ulrike Klar Ja. Wir mussten mal ein großes Gebäude in einer Straße in Harlaching genehmigen. Bei einer Bürgerversammlung gab es sehr viele Einwände gegen das Vorhaben. Ich habe dann den ganzen Straßenzug zur Ansicht auf mehreren Metern Papier mitgebracht. Da konnten die Bürgerinnen und Bürger sehen, wie gut sich das Gebäude einfügt – das war das beste Argument. Deshalb lautet meine Devise: Alle Karten offen auf den

Tisch legen! Und gut aufbereitete Informationen mitbringen.

Arne Lorz Aus meiner Erfahrung kann ich empfehlen: gut zuhören, gut vorbereitet sein, sich nicht rechtfertigen, freundlich bleiben, einen sachlichen Dialog einfordern. Kurz gesagt: Kommunikation, Kommunikation. Eine emotional aufgeladene, konfrontative Stimmung führt dazu, eine offensive Haltung einzunehmen. Das ist für beide Seiten völlig kontraproduktiv. Man darf auch nie voraussetzen, dass alle den gleichen Wissensstand haben, und sollte immer noch mal gezielt nachfragen, ob alle die Argumente richtig verstanden haben.

Auch die Rollen sind oft nicht klar: Was liegt in der Verantwortung der Verwaltung, der Politik oder der Eigentümer?

Susanne Ritter Bei der Beteiligung einer Schulklasse zu einem Spielplatz vor einigen Jahren sagte ein Kind zu mir: „Ich war neulich auch auf so einer Aktion. Ich habe einen Vorschlag gemacht und dann nie mehr wieder was davon gehört. So etwas mache ich nicht mehr!“ Daraus habe ich gelernt: Wenn man beteiligt, muss man kommunizieren, wie es weitergeht und was mit den Ergebnissen passiert. Möchte man konkret etwas erarbeiten, ist es wichtig, große Gruppen aufzuteilen. In einer kleinen Tischrunde löst sich vieles. Die Menschen sind offener, man sieht sich in die Augen, es entsteht ein echter Dialog.

Cornelius Mager Im Baugenehmigungsverfahren gibt es ja keine formelle Bürgerbeteiligung. Deshalb haben wir bei einigen Nachverdichtungsvorhaben in der Lokalbaukommission nach Ersatzformaten gesucht: In Wochenanzeigern haben wir die Bauvorhaben bekannt gemacht und angeboten, dass die Bürgerinnen und Bürger den Bauantrag einsehen können, ihn erklärt bekommen und sich dazu ä-

ßern können. Das lief sehr, sehr gut. Mein Aha-Erlebnis sind die hervorragenden Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung zur Asylbewerber-Unterbringung 2014/15. Da gab es für jeden geplanten Standort Info-Veranstaltungen. Nach anfänglicher Skepsis haben alle verstanden, dass diese Aufgabe gesamtgesellschaftlich gelöst werden muss, und waren sehr interessiert. Bei den Veranstaltungen zum Projekt „Wohnen für alle“ sind wir allerdings auf größere Schwierigkeiten gestoßen. Wahrscheinlich ist es ein Unterschied, ob man der Stadt in der Not hilft oder dauerhaft sozialen Wohnungsbau vor die Nase gesetzt bekommt.

Wenn Sie zwei Jahrzehnte zurückblicken – wie hat sich Bürgerbeteiligung verändert? Und welchen Stellenwert hat sie heute in Ihrer Arbeit?

Susanne Ritter Ich denke, dass die Bebauungsplanung vor 25 Jahren im Großen und Ganzen mit den formalen Verfahren ausgekommen ist. Der gesellschaftliche Wandel zeigt sich deutlich in unserer Arbeit. Bei meiner ersten großen Bürgerbeteiligung zum Thema Hochhäuser am Hirschgarten – wir haben Luftballons steigen lassen,

um die Höhen der Häuser zu simulieren – waren die Diskussionen zwar kritisch, aber immer fair und sachlich. Heute stehen unsere Kolleginnen und Kollegen immer mehr persönlich im Fokus. Ich habe das Gefühl, dass der Verdross in der Stadt enorm groß ist. Das Wachstum ist überall sichtbar und macht vielen die Veränderungen noch schwerer. Die zunehmenden Kosten, die Mieten – das ist die negative Grundstimmung, auf die wir auch bei den Bürgerbeteiligungen treffen.

Ulrike Klar Da schließe ich mich an. Früher gab es einfach weniger Nutzungskonflikte um Flächen und Wachstum wurde mit Erfolg gleichgesetzt. Heute müssen wir mehr bauen und dafür auch noch um Verständnis werben.

Susanne Ritter Wir müssen viel grundlegender informieren und nicht den Fokus nur auf das Einzelvorhaben legen, damit die Zusammenhänge klar werden. Was macht die Stadt? Im Schulbau? Bei den Kitas? Was macht sie im Wohnungsbau und vor allem im Verkehr? Wobei es – das muss ich hier auch mal sagen – bei jeder Veranstaltung auch viel positive Rückmeldungen gibt: Toll, dass Sie was machen, oder danke, dass ihr so früh damit rausgeht.

Susanne Ritter

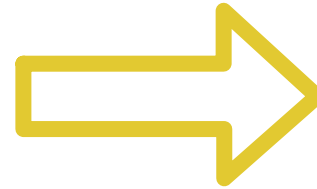
„Ich wünsche mir, dass wir mit unseren Planungen und den dazugehörigen Veranstaltungen die Öffentlichkeit erreichen, in den Dialog kommen und die Sinnhaftigkeit der Projekte vermitteln können.“





Ulrike Klar

„Ich wünsche mir Interesse in jeder Altersschicht und dass wir an alle Gruppen herankommen.“



Arne Lorz Wir brauchen ein Set an einfachen Botschaften, die wir allgemein verständlich kommunizieren. In unserer Gesellschaft gibt es eine zunehmende Bereitschaft, Dinge zu skandalisieren und Einzelinteressen voranzustellen. Der Protest ist sehr gut vernetzt und organisiert. Die Welt ist unübersichtlicher geworden und die Leute fühlen sich durch Veränderung bedroht und reagieren stark auf das, was wir tun.

Susanne Ritter Was noch dazu kommt: Unsere Projekte sind um ein Vielfaches komplexer geworden. Und es ist ein großer Unterschied, ob wir auf privaten oder städtischen Grundstücken planen und in die Beteiligung gehen. Bei den städtischen Grundstücken haben wir einfach mehr Möglichkeiten.

Wie schaffen Sie es, zwischen dem Allgemeinwohl und den verschiedenen Einzelinteressen zu vermitteln?

Cornelius Mager Das Allgemeinwohl gehört an den Anfang einer jeden Information. Die Stadt München bekennt sich zum Wachstum und sie wächst, zusammen mit der Region – das müssen wir positiv kommunizieren. Außerdem müssen wir den Bürgern glaubhaft vermitteln, dass wir ihnen nicht das letzte Stück Heimat nehmen. Die Eckkneipe, der Maibaum, die kleine Grünfläche, der Kiosk – die Menschen haben Angst davor, dass neue Planungen die Identität ihres Stadtteils kaputt machen. Und dass sie sich die Stadt morgen nicht mehr leisten können. Ein

reales Thema für viele ist auch der Verkehr, doch die Verhältnisse waren in den 50er, 60er Jahren an manchen Ecken eigentlich viel schlimmer als heute. Und München ist an vielen Orten überhaupt nicht dicht, wenn ich zum Beispiel die Wasserburger Landstraße oder die Bodenseestraße rausfahre. Fragen Sie dagegen mal einen Schwabinger oder Westendler!

Ulrike Klar Man muss an das eigene Erleben appellieren. Die meisten Jetzt-Münchner sollten sich vor Augen führen, dass sie auch mal neu nach München gezogen sind und eine Wohnung gesucht haben.

Susanne Ritter Wir machen gute Erfahrungen, wenn wir offensiver und breiter einladen. Man bekommt ein differenzierteres Meinungsbild, als wenn nur die direkt Betroffenen kommen. Die Ergebnisse orientieren sich dann eher am Gemeinwohl.

Ulrike Klar Auch in der Stadtsanierung versuchen wir, viel breitere Schichten und mehr unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Dazu ist es gut, neue Veranstaltungsformate und Methoden auszuprobieren. In Vierteln mit hohem Migrationsanteil sind andere Beteiligungsformate sinnvoll als in anderen Stadtteilen.

Susanne Ritter Eine Ankündigung über die sozialen Medien wäre zum Beispiel gut, um viele Menschen zu erreichen. In der Stadtplanung denken wir darüber nach, wie wir unsere formellen

Verfahren nach Baugesetzbuch breiter kommunizieren können. Mit dem Amtsblatt oder der Stadtbibliothek allein sind wir von vorgestern.

Arne Lorz Die Kommunikationswege verändern und beschleunigen sich. Das ist eine große Herausforderung für die Verwaltung. Vor 30 Jahren haben die Leute Zeitung gelesen und ferngesehen, heute gibt es viel mehr Möglichkeiten. Es ist aber ein Irrglaube zu denken, dass man immer alle erreichen kann und soll. Das hat auch seine Grenzen. Und hängt von den Ressourcen ab.

Susanne Ritter Bei all den Diskussionen müssen wir immer im Hinterkopf haben, dass am Ende der Stadtrat über die Planungen entscheidet, und dies auch vermitteln. Wir brauchen vor allem seine Rückendeckung, um offen und engagiert in eine Beteiligung zu gehen.

Arne Lorz Den Menschen ist leider oft nicht klar, dass Beteiligung nicht mitentscheiden heißt. Beteiligung heißt, an der Entscheidung zu partizipieren, aber die Entscheidung liegt am Ende des Tages beim Stadtrat.

In der Bürgerbeteiligung müssen Sie sich auch manchmal Kritik gefallen lassen. Welche Kritik können Sie nachvollziehen? Und welche empfinden Sie als nicht gerechtfertigt im Bezug auf Ihre Arbeit?

Cornelius Mager Die Bürgerinnen und Bürger kritisieren manchmal unsere

Baugenehmigungen. Trotzdem müssen wir Baurecht anwenden. Da hilft nur Transparenz und Offenheit.

Arne Lorz Ich kann gut verstehen, dass manche die Entscheidungsprozesse als nicht nachvollziehbar empfinden. Ungerechtfertigt ist hingegen der Vorwurf, die Verwaltung tue nichts, und das auf der Grundlage, dass die Leute sich meistens nicht informiert haben und die Stadtratsbeschlüsse nicht kennen.

Susanne Ritter Das einzige, was mich trifft, ist, wenn es persönlich wird. Wenn jemand Kolleginnen und Kollegen vorwirft, es sei unrechtmäßig, was sie tun, oder fragt, warum sie sich für so etwas hergeben.

Arne Lorz Viele können leider nicht unterscheiden zwischen unserer beruflichen Rolle und der Person. Sie verstehen nicht, dass wir keine Politiker sind.

Letzte Frage: Wenn Sie einen Wunsch zur Bürgerbeteiligung frei hätten – welcher wäre das?

Cornelius Mager Ich wünsche mir, dass im Schulfach Geografie nicht nur die

Bodenschätze Chinas durchgenommen werden, sondern vor allem meine Stadt und wie sie funktioniert. Also Stadtentwicklung als Pflichtfach.

Ulrike Klar Ich wünsche mir Interesse in jeder Altersschicht und dass wir an alle Gruppen herankommen.

Arne Lorz Ich wünsche mir ausreichend Ressourcen, um Kommunikation in einer Großstadt angemessen betreiben zu können.

Susanne Ritter Ich wünsche mir, dass wir mit unseren Planungen und den dazugehörigen Veranstaltungen die Öffentlichkeit erreichen, in den Dialog kommen und die Sinnhaftigkeit der Projekte vermitteln können.

Arne Lorz Genau. Als überzeugter kommunaler Verwaltungsmensch glaube ich, dass die Verwaltung die Institution in unserem Land ist, die am wenigsten Eigeninteressen verfolgt. Wir alle haben unser Fach gelernt und versuchen, gute Planung zu machen.

● **Arne Lorz**

Der gebürtige Frankfurter ist seit Februar 2018 Leiter der Münchner Stadtentwicklungsplanung. Zuvor war er elf Jahre bei der Stadt Duisburg beschäftigt, zuletzt als Leiter der Stadtentwicklung. „Duisburg ist eine Stadt im Strukturwandel, wohingegen München prosperiert und wächst“, sagt der Raumplaner. Doch die zentralen Herausforderungen der Bürgerbeteiligung sind für Lorz in beiden Städten ähnlich.

● **Susanne Ritter**

Susanne Ritter, seit 2009 Leiterin der Hauptabteilung Stadtplanung, studierte Architektur an der Technischen Universität München und ist nach beruflichen Stationen in der freien Wirtschaft, an der Technischen Universität München und in der Obersten Baubehörde seit 1996 für die Stadt München tätig. „Ich habe Bürgerbeteiligung schon vor Jahren in der Stadtsanierung mit Kindern gelernt“, sagt Ritter.

● **Ulrike Klar**

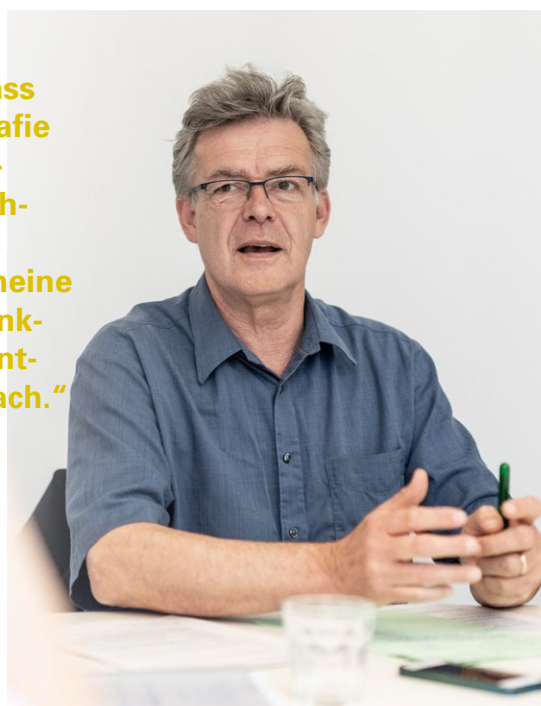
Die Architektin ist seit 28 Jahren im Referat für Stadtplanung und Bauordnung tätig. Unter anderem war sie Pressesprecherin und persönliche Mitarbeiterin der ehemaligen Stadtbaurätin Christiane Thalgot. Seit 2017 leitet sie die Hauptabteilung für Stadtsanierung und Wohnungsbau. Zuvor hatte es Ulrike Klar in der Lokalbaukommission unter anderem mit Baugenehmigungen zu tun.

● **Cornelius Mager**

Cornelius Mager leitet die Lokalbaukommission, die größte Baugenehmigungsbehörde Deutschlands, seit 2002. Er studierte Rechtswissenschaften in München. Seit 1987 bei der Stadt, war Mager nach einer ersten Station als Bezirksjurist in der Lokalbaukommission in verschiedenen Funktionen im Referat beschäftigt. Von 1995 bis 2002 bearbeitete er im Büro des damaligen Oberbürgermeisters insbesondere Verkehrsfragen.

Cornelius Mager

„Ich wünsche mir, dass im Schulfach Geografie nicht nur die Bodenschätze Chinas durchgenommen werden, sondern vor allem meine Stadt und wie sie funktioniert. Also Stadtentwicklung als Pflichtfach.“



Interview: Anne Hogeback und Dina Straße, PlanTreff


Qualität von Bürgerbeteiligung – Grundsätze

Gute Bürgerbeteiligung ...




... lebt von
der Bereit-
schaft zum
Dialog.

... beachtet die
Themen, die
Akteure und
die Rahmenbe-
dingungen.




... braucht klare
Ziele und Mit-
gestaltungs-
möglichkeiten.


... beginnt
frühzeitig und
verpflichtet alle
Beteiligten.



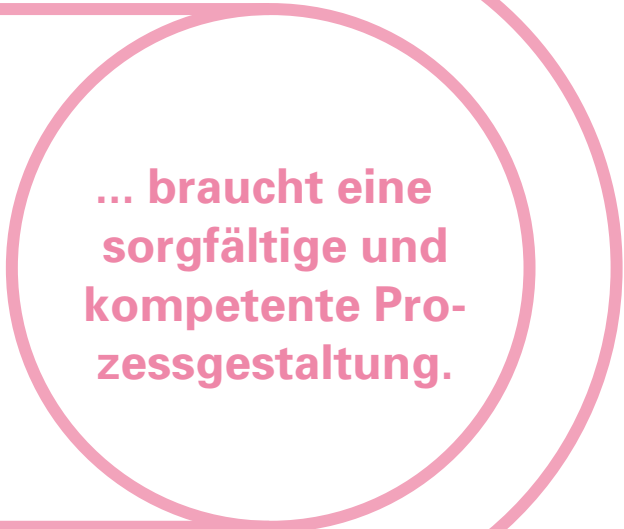
**... braucht
ausreichende
Ressourcen.**



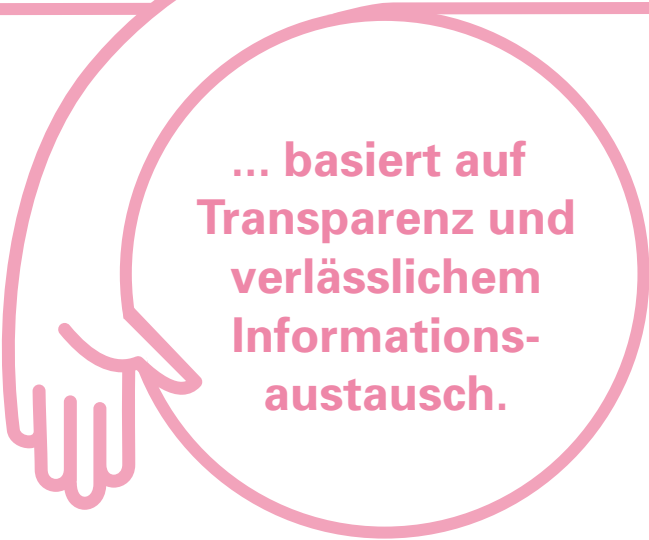
**... ermöglicht
vielfältige
Mitwirkung.**



**... erfordert die
gemeinsame
Verständigung
auf Verfahrens-
regeln.**



**... braucht eine
sorgfältige und
kompetente Pro-
zessgestaltung.**



**... basiert auf
Transparenz und
verlässlichem
Informations-
austausch.**



**... lernt aus
Erfahrung.**

- **Ziele:**
Gemeinsames Planungsverständnis schaffen, Akteure vernetzen, Zusammenarbeit verbessern

Linke Seite und rechte Seite, großes Bild:
Beim Handlungsraumforum im November 2016 werden die gewonnenen Erkenntnisse an einem begehbaren Modell vorgestellt.



Handlungsräume der Stadtentwicklung

Für das Gebiet „Rund um den Ostbahnhof – Ramersdorf – Giesing“ wird ein neuer Planungsansatz erprobt. Den Schlüsselakteuren vor Ort kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

- **Steckbrief:**

Laufzeit: Februar bis November 2016

Zielgruppe: Schlüsselakteure vor Ort, Verbände, Vereine, Stakeholder, Bürgerinnen und Bürger

Formate: Vor-Ort

Einige Gebiete der Stadt entwickeln sich besonders dynamisch. Zehn dieser „Hot Spots“ sind im Stadtentwicklungskonzept Perspektive München als so genannte Handlungsräume aufgeführt. Sie brauchen eine besondere planerische Zuwendung, Entwicklungen müssen dort fachübergreifend gesteuert werden. Dabei hilft der „Handlungsraumansatz“ als neues strategisches Planungsinstrument. Durch Beteiligung entsteht ein gemeinsames Planungsverständnis der Akteure vor

Ort über die Herausforderungen, Ziele, Strategien und notwendigen Maßnahmen.

Die Stadt beginnt mit dem Gebiet rund um den Ostbahnhof, das auch Teile von Ramersdorf und Giesing umfasst. Dort liegt zum Beispiel das Werksviertel, in dem der Freistaat Bayern ein neues Konzerthaus baut und rund 1.150 Wohnungen auf nicht mehr genutzten Gewerbeflächen entstehen. Außerdem wird der historische Ortskern von Ramersdorf neu strukturiert und weiterentwickelt. Hier wird der Handlungsraumansatz 2016 modellhaft erprobt.

Die Stadt bietet dazu einen Baukasten aus unterschiedlichen Beteiligungsformaten an: Zwischen Februar und November 2016 finden eine Auftaktveranstaltung, drei Stadtspaziergänge und drei thematische Werkstätten statt. Das integrierte Handlungsraumkonzept soll von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemeinsam entwickelt werden. Dabei gibt es keine Vorgaben, jede Meinung ist willkommen. Die Zwischenergebnisse werden bei allen Veranstaltungen zurückgespiegelt und fließen in das Konzept ein. Am Ende werden die Erkenntnisse bei einem öffentlichen „Handlungsraumforum“ präsentiert und diskutiert.

Bei den Veranstaltungen geht es vor allem auch darum, neben den Bezirksausschüssen Schlüsselakteure wie Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Immobilienentwicklerinnen und -entwickler, Schulleiterinnen und Schulleiter oder Cafébetreiberinnen und Cafébetreiber zu erreichen, ihre Funktion als Schnittstellen zur Bevölkerung zu nutzen und von ihnen zu erfahren, wo Handlungsbedarf besteht.

Mit der Öffentlichkeitsphase ist der Beteiligungsprozess noch lange nicht abgeschlossen. Die Ideen des Handlungsraumkonzeptes sollen auch umgesetzt werden. Dazu wird ein Handlungsraum-Management eingerichtet, das die Akteure vernetzt, Inhalte bündelt und Maßnahmen auf den Weg bringt, wie den Bau von E-Sharing-Stationen, die Umgestaltung des Maikäferplatzes oder den Test einer Tempo-30-Zone in der Berg-am-Laim-Straße. Das Vorgehen soll stufenweise auf weitere Handlungsräume übertragen werden. Die Auswertung der Formate wird zeigen, welche geeignet sind, wiederholt zu werden, und welche abgewandelt werden müssen.



Dr. Andreas Peter, Projektleiter

„Wir konnten mit den Formaten unterschiedliche Zielgruppen erreichen. Schon die Auftaktveranstaltung im Kulturzentrum Giesinger Bahnhof war sehr gut besucht. Da ist es uns gelungen, viele Netzwerke anzuzapfen. Damit aber wirklich ein gemeinsames Planungsverständnis entsteht und der Handlungsraumansatz sein volles Potenzial entfaltet, braucht es Zeit und dauerhaften Einsatz. Hier wird auch das geplante Handlungsraum-Management ansetzen.“



Die zehn Handlungsräume sind nicht auf Stadtteilgrenzen beschränkt, sondern können sich auch über mehrere Bezirke erstrecken. So zum Beispiel das Gebiet „Rund um den Ostbahnhof – Ramersdorf – Giesing“, in dem das Werksviertel liegt.



- **Ziele:**
Informieren, Bedürfnisse identifizieren, Netzwerke aufbauen, neue Ideen gewinnen

Freiraumzeit

In der Öffentlichkeitsphase zur langfristigen Freiraumentwicklung Münchens steht das Ausprobieren und Mitmachen im Vordergrund. Die Formate reichen vom klassischen Spaziergang bis zum Experiment im realen Raum.

- **Steckbrief:**

Laufzeit: November 2016 bis Oktober 2017

Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen

Formate: Vor-Ort

Freiräume sind in München knapp und kostbar. Sie sind nicht nur Begegnungsorte, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu Biodiversität, Klimaschutz, Erholung und Stressabbau. Münchens Freiräume sollen auch künftig gesichert, optimal genutzt und gestaltet werden. Wie das gelingen kann, zeigt das Konzeptgutachten „Freiraum München 2030“ mit Leitlinien, Strategien und Vorschlägen für Schlüsselprojekte zur langfristigen Freiraumentwicklung. Die Inhalte werden in einer breit angelegten Öffentlichkeitsphase in die Stadt getragen.

Den Anfang macht 2016 die große Jahresausstellung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung: Sieben Wochen lang können sich die Bürgerinnen und Bürger sowohl in der Ausstellung selbst als auch bei Führungen, Abendveranstaltungen und Stadtsparziergängen über die langfristige Freiraumentwicklung informieren. 18.600 Besucherinnen und Besucher füllen mehr als 900 Fragepostkarten aus und nennen Lieblingsorte, verbesserungswürdige Plätze und allgemeine Vorschläge zum Thema Freiraum.





Linke Seite: Zwischen- und Mehrfachnutzung mal anders: Der ehemalige Siemens-Parkplatz in Obersendling wird 2017 und ein zweites Mal 2018 zur temporären Aktionsfläche für vielfältige Nutzungen.

Rechte Seite: Weniger Raum ist hingegen im dicht besiedelten Glockenbachviertel, wo im Sommer 2017 drei Parkplätze mehrere Tage lang Treffpunkt für die ganze Nachbarschaft sind.

Im November 2016 startet dann die eigentliche Öffentlichkeitsphase unter dem Titel „Freiraumzeit“. In einem bunten Mix aus mehr als 20 Aktionen und Veranstaltungen stellt sie die Inhalte des Gutachtens konkret vor Ort zur Debatte. Die Freiraumzeit soll möglichst viele Leute ansprechen. Jedes Format hat einen anderen Schwerpunkt, adressiert eine andere Zielgruppe und findet in einem Stadtteil statt. Einige haben auch einen stadtweiten Fokus. Manche Aktionen sind kreative Zwischen- und Mehrfachnutzungen und rücken auch nicht so bekannte Freiräume wie Parkplätze in den Fokus. So zum Beispiel der „FreiraumGarten“ im dicht besiedelten Glockenbachviertel: Über mehrere Tage hinweg werden drei Stellplätze am Straßenrand mit Rasen, einem Holzzaun, einer kleinen Bühne und Sitzgelegenheiten ausgestattet und bis in die Abendstunden hinein punktuell mit Veranstaltungen bespielt – oder einfach so zum Aufenthalt genutzt. Bei den „FreiraumSchichten“ verwandelt sich ein leerstehender Großparkplatz in Obersendling zehn Tage lang in eine Aktionsfläche für vielfältige Freiraumnutzungen kultureller und sportlicher Art.

Bei den Pilotversuchen gilt es, die Bandbreite an Freiraum-Potenzialen zu entdecken, mitzugestalten und neue Nutzungsmöglichkeiten zu erproben. Es wird deutlich, dass eine nachhaltige Freiraumentwicklung über die klassischen Aufgabenfelder des Sicherns, Pflegens, Entwickelns und Vernetzens von Grünflächen hinausgeht. Auch Ansätze des Aktivierens, der Kooperation, der Kommunikation, der Teilhabe und des Simulierens von neuen Nutzungen im Dialog mit der Stadtgesellschaft sind notwendig.

Der Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Alle Veranstaltungen werden dokumentiert, die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Konkretisierung des Freiraumkonzeptes ein. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung erstellt einen ersten Aktionsplan mit wichtigen Schlüsselprojekten zur Weiterentwicklung der Freiräume.



Kerstin Langer, Projektleiterin

„Die Münchnerinnen und Münchner schätzen ihre Freiräume sehr, auch als Orte der Ruhe. Sie wollen keine Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, sind aber offen für kreative Nutzungen und wollen mitgestalten. Das haben wir aus der Freiraumzeit gelernt. Wir werden die gewonnenen Erfahrungen auswerten, um die Freiräume Münchens auch in Zukunft partizipativ weiterentwickeln und gestalten zu können.“

- **Ziele:**
Frühzeitig informieren,
Transparenz schaffen

München MitDenken

Das Informationsportal zur Münchner Stadtentwicklung und Stadtplanung stellt wichtige Projekte übersichtlich dar und zeigt auf, wann und wo eine Beteiligung möglich ist.

Planungen und Projekte der Stadtentwicklung befinden sich in verschiedenen Entwicklungsphasen. In jeder Phase gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Die Online-Plattform München MitDenken bündelt als zentrale Seite alle Beteiligungsprojekte der Stadtentwicklung. 2018 erfährt das Portal mit dem Slogan „Gemeinsam die Stadt verändern“ einen Relaunch.

2012 wird muenchen-mitdenken.de ins Leben gerufen, als die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Perspektive München zur Debatte steht. Die Seite bietet neben „analogem“ Feedback-Möglichkeiten bei Veranstaltungen und Workshops erstmals die Gelegenheit, zu Themen wie Stadtentwicklung, Mobilität, Identität oder Lebensqualität Ideen digital einzubringen. Die Münchnerinnen und Münchner nutzen diese Chance sehr rege: Die Online-Plattform wird innerhalb von vier Wochen mehr als 198.000 Mal aufgerufen. 2.000 Beiträge werden veröffentlicht, kommentiert und 12.000 Mal bewertet.

Seither nutzt das Referat die Bekanntheit der Marke München MitDenken weiter und betreibt die Seite als zentrale Plattform mit dem Fokus auf Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten. Statt auf zahlreichen Einzelseiten ist kompakt und niederschwellig nachzulesen, zu welchem Projekt wo eine frühzeitige Beteiligung nach Baugesetzbuch oder eine informelle Beteiligung, beispielsweise ein Stadtpaziergang, eine Diskussionsveranstaltung oder ein Workshop, stattfindet. Wo die einzelnen Projekte im Münchner Stadtgebiet verortet sind, erfahren die Nutzerinnen und Nutzer auf einer digitalen Karte. Seit dem Relaunch bündelt das Portal nicht nur übersichtlich alle Informationen zu Münchner Planungen und Projekten, sondern dokumentiert in sogenannten Dialogräumen auch die verschiedenen Beteiligungsschritte mithilfe eines Zeitstrahls. Ergebnisse und Dokumentationen zu Bürgerworkshops und anderen Formaten sind als Video oder Broschüre hinterlegt. Ein Kalender zeigt die nächsten Veranstaltungen an und in Zukunft können hier auch Dialoge online stattfinden.



Sabrina Rott, Projektleiterin

„Wir haben der Plattform ein neues Gesicht gegeben, damit sie auch auf Smartphones und Tablets besser lesbar ist. Die Seiten arbeiten stark mit Bildern, die Inhalte wurden gestrafft und es gibt viele Wege, sich durchzuklicken und an eine Information zu gelangen. Der neue Zeitstrahl ermöglicht es, vergangene Beteiligungsschritte nachzuvollziehen, und so sieht man, was alles schon diskutiert und beschlossen worden ist.“

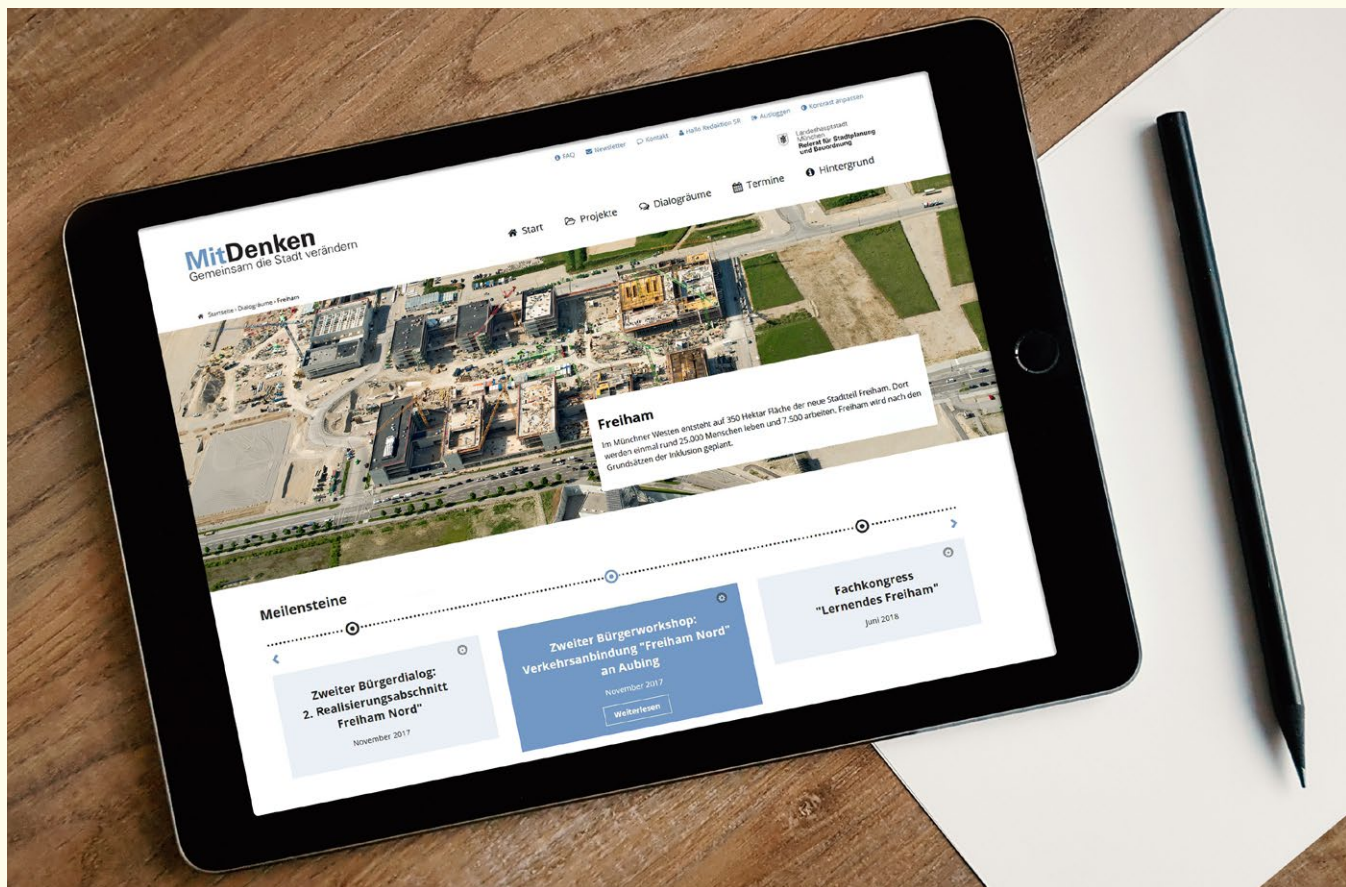
Natürlich bleibt auch die Dokumentation des Online-Dialogs zur Perspektive München auf muenchenmitdenken.de erhalten. 2013 hat die Stadt dafür den Hauptpreis für Online-Partizipation der Jinit[AG für digitale Kommunikation und des Behörden Spiegels bekommen. Die Jury lobte die „gelungene Verknüpfung von Online- und Offline-Elementen“ und zeigte sich überzeugt von der „konsequenten Transparenz, was genau mit den Ergebnissen aus dem Beteiligungsprozess passieren soll“.

- **Steckbrief:**

Laufzeit: Seit 2012

Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger

Formate: Online



Oben: Sich zuerst digital informieren und dann live in Diskussion kommen: Die Plattform „München MitDenken“ stellt übersichtlich dar, wann und wo man sich über Projekte der Stadtentwicklung und Stadtplanung informieren oder beteiligen kann.

Unten: Ein beliebtes Format sind die Stadtpaziergänge in der Reihe „PlanTreff vor Ort“.

● **Ziele:**

Beteiligung „von unten“
und Fähigkeit zur Selbst-
organisation fördern,
gemeinsam getragene
Lösungen entwickeln



Bürger- schaftliches Engagement

Ehrenamtliches oder bürger-
schaftliches Engagement ist eine
wichtige Säule der Stadtgesell-
schaft. Die Koordinationsstelle
im Referat fördert es auf unter-
schiedliche Weise.

● **Steckbrief:**

Laufzeit: Seit 2016

Zielgruppe: Bürgerinnen und
Bürger, Kinder und Jugendliche

Formate: Vor-Ort

War Ehrenamt früher in erster Linie im sportlichen, gesundheitlichen und sozialen Bereich vertreten, so ist in den vergangenen 20 Jahren auch der Wunsch nach Mitgestaltung von Stadtentwicklung und Stadtplanung größer geworden – besonders, wenn es um das eigene Lebensumfeld geht.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung trägt dieser Entwicklung Rechnung und fördert bürgerschaftliches Engagement über die Koordinationsstelle im PlanTreff, die Projekte steuert, Netzwerkarbeit leistet und über das Thema informiert. Darüber hinaus werden Bürgerinnen und Bürger auf verschiedenen Wegen motiviert, ihre Kompetenzen zu nutzen und sich zu engagieren. Im Vergleich zur klassischen Bürgerbeteiligung, bei der die Stadt im Rahmen der Bauleitplanung oder Stadtsanierung Beteiligungsangebote macht, schafft sie hier Anreize für Engagement „von unten“.

Ein wichtiger Baustein ist das Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt“: Die Stadt München stellt jährlich 30.000 Euro für kleine, stadtteilbezogene Projekte zur Verfügung, ergänzt um 10.000 Euro Mitfinanzierung durch die örtlichen Bezirksausschüsse. Weitere 30.000 Euro stehen für kleine, innovative Vorhaben und Pilot-Projekte bereit. So wird 2017 zum Beispiel das Projekt „Querungshilfen“ unterstützt, bei dem Kinder aus der Isarvorstadt zeigen, wie ihr Schulweg an mehreren Straßenkreuzungen durch selbst gestaltete Blumenkübel mit Rampen sicherer gemacht werden kann. Ein anderes Projekt ist „Light at Skatenight“: Um den Sport- und Skatepark „Im Gefilde“ in Neuperlach auch abends nutzen zu können, organisieren Jugendliche im Herbst 2016 ein Event mit Musik, Imbiss und Getränken und beleuchten die Anlage mit mobilem Flutlicht. 200 Gäste kommen, eine Online-Petition wird gestartet und dem Oberbürgermeister übergeben. Dieser sichert seine Unterstützung zu. Dann fordern Anfang 2017 die Rathausfraktionen von SPD und CSU in einem Antrag den Bau der Flutlichtanlage als Pilotprojekt. Die Jugendlichen werden auch an der Umsetzungsplanung beteiligt. Im Herbst 2018 soll die Anlage fertig sein.

Für das Projekt bekommen die Jugendlichen den ersten Preis beim „Münchener Schulwettbewerb zur Stadtentwicklung“ 2016/17, mit dem die Stadt das Engagement und die Ideen von Kindern und Jugendlichen schon seit 20 Jahren fördert. Sie geht davon aus, dass kinder- und jugendbezogene Partizipation einen wichtigen Grundstein für bürgerschaftliches Engagement im Erwachsenenalter legt und unterstützt deshalb auch Modellprojekte in diesem Bereich.

Der Erfolg von „Light at Skatenight“ zeigt: Kooperative Strategien können helfen, für Probleme vor Ort gemeinsam getragene Lösungen zu entwickeln, die an die Verwaltung und den Stadtrat weitergetragen und in vielen Fällen umgesetzt werden.



Kurt Damaschke, Beauftragter für bürgerschaftliches Engagement

„Mit unseren Aktivitäten wollen wir die Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement und für ein solidarisches, buntes, weltoffenes, lebenswertes Gemeinschaftsleben im Wohnquartier und im Stadtteil steigern. Unser Budget aus dem Förderprogramm ist jetzt schon gut genutzt und ich gehe davon aus, dass das Engagement auch bei den Jugendlichen steigen wird. Wir hoffen, dass die von uns unterstützten Projekte viele Nachahmer finden!“



Linke Seite: Kinderbrief zum Projekt „Querungshilfen“ aus der Einwohnerversammlung für Kinder und Jugendliche des Bezirksausschusses Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt im November 2015. Es wurde in Zusammenarbeit mit dem Kreisverwaltungs- und Baureferat umgesetzt. Für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer wurden Rampen eingeplant.

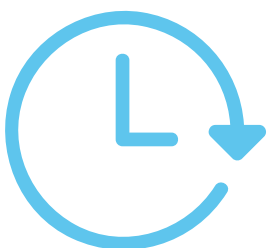
Rechte Seite: Flutlicht für den Sport- und Skatepark „Im Gefilde“: Das Projekt wurde von Mona Madfai und Minh Tran vom YoungCityMovement in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik, dem Kinder- und Jugendtreff Come In und dem BildungsLokal Neuperlach initiiert.



The city is changing, communication is changing

Munich is growing. Up until 2035, probably more than 1.85 million people will live in the city, almost 20 percent more than in 2015. Growth signifies change and has to be discussed, debated, and mediated.

Creating new flats, expanding infrastructure and rethinking mobility – these are the key challenges for urban development in the years to come. Munich citizens want to actively shape this change in their city, be included in the planning and help influence decisions.



Participation in urban development and urban planning has a long tradition in Munich: Already in 1968, Hans Jochen Vogel, then Lord Mayor, started the "Münchener Diskussionsforum für Stadtentwicklungsfragen". Since 1972, the "Münchener Forum", as a non-profit association, has addressed current topics and projects at the interface between citizenry, administration, and politics. The principle of citizen participation has been a firm fixture, since 1995, in the urban development concept "Perspektive München". The intense public phases within the framework of the regular updates have enabled the dialogue on questions concerning the future and on the strategic direction of the city. In the city districts, the Bezirksausschüsse (district committees) play a major role in terms of the involvement of the population and the communication of local interests. Many citizens take the initiative

Prof. Dr.(I) Elisabeth Merk,
Head of the Department of Urban
Planning and Building Regulation

"I'm responsible to the citizens of Munich. Therefore, I strongly advocate for free and informal formats of participation – together with or independent of the legally required steps."



themselves and implement an idea, jointly organised, for their city district or their street with or without the support of the city. But also the tendency to found a citizens' initiative against a planning or development project is increasing in Munich. The motifs are as diverse as society itself. The pressure for change in the city causes fears often expressed by protest and rejection.

The citizens' expectations in terms of information and participation have significantly changed in recent years. Well-prepared information, transparent processes and a dialogue on equal footing are expected as a standard. The internet and social media greatly influence and accelerate communication in this regard. However, it is especially the concrete planning and the projects on the ground, where different positions and needs more and more

frequently collide and the discussions are determined by particular interests. Conveying the processes of consideration and balancing the interests will become increasingly difficult in light of the described challenges of a growing city. It is the task of all parties involved in the planning to conduct this social dialogue. This task corresponds with the expectation in terms of an integrated urban development policy and the guiding principle of a city in equilibrium. In order to live up to the responsibility for future generations, urban development needs to assume a long-term perspective committed to the general well-being.

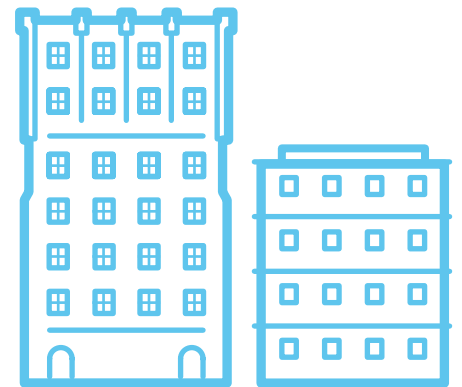
In addition to the formal citizen participation, diverse informal participation formats have been successful in Munich. With regard to planning projects of great public interest, an entire tool kit of methods and instruments is available – ranging from the idea workshop to participatory competitions, from online dialogue to citizens' panel. The choice of method is dependent upon the respective demand. Various instruments and building blocks of

public relations work and participation forms can be combined here, build upon one another or are developed further accordingly. Against the backdrop of demographic change and the growing diversity of urban society, it will increasingly become more important in terms of communication and participation to provide different, target group-specific offers. The Department of Urban Planning and Building Regulation thus counts on very differentiated, non-standardised procedures as well as constant communication with the citizens in order to activate, inform, mediate, and to involve them.

Great openness regarding participation and a clear commitment to a high planning culture on the part of the department increases transparency of increasingly complex planning processes and the consultation opportunities of an involved citizenry in Munich.

Ulrike Klar, Head of the Urban Redevelopment and Housing Section

“I hope that there is interest in all age groups and that we are able to reach all groups.”



Arne Lorz, Head of the Urban Development Planning Section

“I hope that there are sufficient resources in order to do communication appropriately in a major city.”

Cornelius Mager, Head of the Building Authority

“I hope that the subject geography does not only cover the natural resources of China, but first and foremost my city and how the city works. This means urban development as a mandatory school subject.”

Susanne Ritter, Head of the Urban Planning Section

“I hope that we with our planning and the associated events reach the general public, enter into a dialogue, and are able to convey the usefulness of the projects.”

Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung
und Bauordnung
PlanTreff
Blumenstraße 31
80331 München
muenchen.de/plan

Projektleitung und Redaktion:
Petra Fröschl, PlanTreff

Gestaltung und Grafiken:
Studio Rio, München

Druck:
ILDADruck, Gräfelfing

Gedruckt auf Papier
aus 100 % zertifiziertem Holz
aus kontrollierten Quellen.

September 2018

Bildnachweis

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Landeshauptstadt München (LHM) unzulässig. – Titel: Benjamin Schmidt – Seite 1: Edward Beierle (links), Benjamin Schmidt (oben), Tobias Hase (unten) – Seite 2: Sebastian Gabriel – Seite 3: Michael Nagy, LHM – Seite 8: Sebastian Gabriel (oben), Stefan Schumacher (unten) – Seite 9: NetzwerkStadt GmbH – Seite 13: Michael Nagy, LHM (2 Bilder oben), Benjamin Schmidt (unten) – Seite 14: Michael Nagy, LHM – Seite 15: LHM – Seite 16: Jonas Nefzger, Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) – Seite 17: LHM (oben), MGS (unten) – Seite 18: JFF-Institut für Medienpädagogik – Seite 19: Sebastian Gabriel (oben links), Christin Büttner (große Bilder) – Seiten 20 bis 23: Edward Beierle – Seite 26: Julia Milz – Seite 27: LHM (oben), Michael Nagy, LHM (unten links), Julia Milz (unten rechts) – Seite 28: Tobias Hase – Seite 29: Lukas Barth (oben), LHM (rechts) – Seite 30: LHM – Seite 31: LHM (oben), Michael Nagy, LHM (unten) – Seite 33: LHM (oben), Kpaou Kondodji (unten)



Telefon: 233 - 92545
Telefax: 233 - 28128

Zweitschrift

AUSZUG

Direktorium
D-I-ZV

Übereinstimmung mit
Original geprüft

Am 12. Dez. 2018
D-II-V
Stadtratsprotokolle

Bürgerbeteiligung in München

Beteiligungsleitlinien (Beteiligungssatzung) für München als Rahmen eines Münchner Bürgerhaushalts einführen
Antrag Nr. 08-14 / A 05171 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN / RL vom 25.02.2014

Ein Portal für alle Beteiligungsprojekte
BA-Antrag Nr. 08-14 / B 05478 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 05 - Au-Haidhausen vom 18.12.2013

Neue Bürgerbeteiligungskultur schaffen!
Antrag Nr. 14-20 / A 02098 von Herrn StR Michael Kuffer vom 06.05.2016

Fachstelle Bürgerbeteiligung gründen
Antrag Nr. 14-20 / A 02092 von Herrn StR Dr. Florian Roth, Herrn StR Paul Bickelbacher, Frau StRin Anna Hanusch, Frau StRin Katrin Habenschaden, Frau StRin Jutta Koller vom 06.05.2016

Entwicklung von Leitlinien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
Antrag Nr. 14-20 / A 04010 von Herrn StR Christian Müller, Frau StRin Heide Rieke, Frau StRin Ulrike Boesser, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Frau StRin Renate Kürzdörfer, Frau StRin Bettina Messinger, Herrn StR Jens Röver vom 23.04.2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 13219

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 12.12.2018 (VB)
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht
zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Auf Grundlage der o.g. Stadtratsanträge werden weitere Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung durch die Stadtverwaltung München dargestellt.
Inhalt	Darstellung verbindlicher Grundsätze der Bürgerbeteiligung und zukünftiger städtischer Zuständigkeiten und Vorbereitungsarbeiten für eine „Online-Beteiligungsplattform“.
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	Auf Basis der vorliegenden Beschlussfassung entstehen keine zusätzlichen Kosten.
Entscheidungsvorschlag	Die Verwaltung wird verpflichtet, bei allen künftigen Beteiligungsverfahren die „Allgemeinen Grundsätze für eine qualifizierte Bürgerbeteiligung“ (siehe 4.1 des Vortrags) zu beachten.

Checkliste zur Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren (Stand 19.12.2018)

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätzliches und Definition	Seite 1
2. Rahmenbedingungen	Seite 3
3. Handlungsempfehlungen	Seite 3
4. Phasen des Beteiligungsverfahrens	Seite 3
4.1 Anlass bzw. Entstehung der Idee	Seite 3
4.2 Vorbereitungsphase	Seite 4
4.3 Planungsphase	Seite 4
4.4 Öffentlichkeitsphase	Seite 4
4.5 Durchführungsphase	Seite 5
4.6 Evaluierungsphase, Umsetzungsphase	Seite 5
5. Anwendung der Checkliste	Seite 5
6. Checkliste	Seite 6
Anhang	Seite 15

1. Grundsätzliches und Definition

In der gemeinsamen Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses, des Planungsausschusses und des Finanzausschusses vom 21.11.2012 wurden mehrere Stadtratsanträge zum Thema Bürgerbeteiligung behandelt. In der Beschlussvorlage wurde der Ist-Stand der Bürgerbeteiligungsverfahren und -maßnahmen bei der Landeshauptstadt München dargestellt.

Als Fazit wurde festgehalten, dass bei der Landeshauptstadt München durch zahlreiche Bürgerbeteiligungsaktivitäten der Bürgerinnen und Bürger in großem Umfang und in vielfältiger Weise angesprochen werden. Dadurch erhalten sie unterschiedliche Mitwirkungsmöglichkeiten an der Stadtpolitik und kommunalen Aufgaben. Dafür hält die Landeshauptstadt München ein breites Angebot an Methoden vor, um Bürgerinnen und Bürger für kommunalpolitische Themen und so auch für Kommunalpolitik zu interessieren.

Dieses Angebot soll weiterentwickelt und verfeinert werden.

Mit Beschluss des gemeinsamen Verwaltungs- und Personalausschusses, des Planungsausschusses und des Finanzausschusses vom 21.11.2012 (Aktualisierung durch Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.12.2018) wurde die Verwaltung beauftragt, eine Checkliste zu erarbeiten:

- die sowohl praktische Hinweise für die Durchführung von freiwilligen Maßnahmen der Bürgerbeteiligung enthält,
- als auch Grundlagen einer wirkungsvollen Bürgerbeteiligung formuliert.

Die Durchführung künftiger Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung soll dadurch verfeinert und vermeidbare Fehler ausgeschlossen werden.

Zunächst ist zu unterscheiden, ob die Bürgerbeteiligung durch eine gesetzliche Regelung vorgegeben ist oder auf freiwilliger Basis erfolgt. Für gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligungsverfahren bestehen bereits jahrelange Erfahrungen, die durchaus auch ergänzend zur Checkliste herangezogen werden können.

Eine klare, allgemeingültige oder rechtliche Definition für ein freiwilliges Bürgerbeteiligungsverfahren gibt es derzeit nicht. Ziel der Bürgerbeteiligung ist es Argumente, Meinungen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu erfahren, diese bei den Entscheidungen zu würdigen und soweit als möglich zu berücksichtigen. So können Entscheidungen und Meinungsbilder gemeinsam getragen und verwirklicht werden. Damit dies gelingt, müssen unterschiedliche Positionen aufgezeigt und ggf. Kompromissmöglichkeiten benannt werden. Auch im Leitbild der Landeshauptstadt München wird die Bürgerschaft nicht nur als Kundschaft gesehen, die städtische Einrichtungen nutzt, sondern auch als gestaltende Kraft, die durch ihr Engagement die Grundlinien der Stadtpolitik mit beeinflusst. Im städtische Zielesystem sind die Leitlinien der Perspektive München und die darin enthaltenen Zielvorstellungen verankert. Über die Ziele der Stadtentwicklung müssen die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert und in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. Dies öffnet den Weg hin zu einer aktiven gestaltenden Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger an städtischen Vorhaben in sozialen, kulturellen, planerischen, baulichen und bildungsorientierten Bereichen.

Eine aktive kommunale Beteiligungskultur ist nicht nur für Planungen und Umsetzungen einzelner Projekte wichtig. Bürgerbeteiligungen sind auch immer Ausdruck einer demokratischen Stadtgesellschaft. Bürgerbeteiligung fördert unter anderem auch das Verständnis für demokratische Entscheidungswege: Im besten Fall können dadurch die Bürgerinnen und Bürger den behördlichen Entscheidungen mehr Verständnis und Akzeptanz entgegenbringen. Durch die Einbindung der Bürgerschaft in Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung, die z.B. einen engen Bezug zum räumlichen Umfeld der betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben, kann der zunehmende Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden. Bürgerbeteiligung und Beteiligung an demokratischen Prozessen beginnt vor der eigenen Haustür.

Auch wenn die Beteiligungsverfahren für die Verwaltung mit einem erhöhten zeitlichen, personellen und finanziellen Aufwand verbunden sind, stehen dem auch eine Vielzahl von Vorteilen gegenüber. So kann lokales Wissen mit dem Fachwissen der Verwaltung verknüpft werden. Andere Sichtweisen können frühzeitig erkannt und bei der Erarbeitung von

Lösungen mit berücksichtigt werden. So führt die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu einer Verbesserung der Qualität von Planungen und Entscheidungen. Der Konsens zwischen Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung steht im Vordergrund, Konflikte werden reduziert bzw. können frühzeitig erkannt und positiv gelöst werden. Insgesamt erzeugt der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger bei allen Beteiligten mehr Verständnis und Toleranz und die Akzeptanz für öffentliche Projekte wird erhöht. Die Stadtverwaltung lernt aus jedem Verfahren und verbessert ihre Flexibilität und Reaktionsfähigkeit.

2. Rahmenbedingungen

Ein freiwilliges Bürgerbeteiligungsverfahren unterliegt keinen gesetzlichen Vorgaben bei der Durchführung, trotzdem ist es für eine erfolgreiche Durchführung erforderlich im Vorfeld klare Regelungen zu treffen. Dabei müssen Zuständigkeiten und Befugnisse klar definiert und Kriterien für den Umgang mit den in den Bürgerbeteiligungsverfahren erarbeiteten Ergebnissen verbindlich festgelegt werden.

Verwaltung und Politik müssen bereit sein, die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen und den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens offen begegnen. Die politischen Grenzen müssen geklärt und offen kommuniziert werden. Jedes Verfahren muss für alle Beteiligten relevant sein und einen Nutzen erkennen lassen.

3. Handlungsempfehlungen

Demzufolge ist es wichtig, im Vorfeld Überlegungen über die Art der Durchführung, die Ziele und den Nutzen des geplanten Verfahrens und die Umsetzung der Ergebnisse anzustellen.

Dazu müssen folgende Themen geklärt werden:

- die Ziele des Projekts
- die Relevanz des Projekts
- der Nutzen des geplanten Verfahrens für die Beteiligten
- der Handlungsspielraum der Beteiligten
- die auf geschlechtergerechte, interkulturelle und inklusive Repräsentanz geprüften Zielgruppen
- die Art und die Methoden der Durchführung
- die Verantwortlichkeiten
- die Umsetzung der Ergebnisse

4. Phasen des Beteiligungsverfahrens

Jedes Bürgerbeteiligungsverfahren gliedert sich in verschiedene Phasen:

4.1. Anlass bzw. Entstehung der Idee

Bei einem gleichberechtigten Nebeneinander von Stadtverwaltung und Bürgerschaft kann der Anlass für ein Bürgerbeteiligungsverfahren auf Initiative der Verwaltung oder der Bürgerinnen und Bürger zurück gehen.

- Die Stadtverwaltung möchte ein Projekt verwirklichen, das Auswirkungen auf die Bürgerschaft hat.
- Die Bürgerinnen und Bürger signalisieren von sich aus Interesse an der Beteiligung für ein bestimmtes Vorhaben der Stadt.
- Die Bürgerinnen und Bürger schlagen ein Thema vor und fordern die Beteiligung an

der Planung und Umsetzung ein.

Bereits in dieser frühen Phase sind erste Überlegungen zu den unter Punkt 3 genannten Themen erforderlich.

4.2. Vorbereitungsphase

Weitergehende Planungen und Überlegungen zu folgende Punkten stehen an:

- was ist Gegenstand der Bürgerbeteiligung, das Thema wird festgelegt
- was ist im Vorfeld passiert, wie kann sich dies auf das Verfahren auswirken
- welche Ziele werden mit dem Beteiligungsverfahren verfolgt,
- wer muss an dem Verfahren seitens der Verwaltung beteiligt werden
- was ist bei der Entwicklung des Konzepts zu beachten
- welche Zielgruppen der Bevölkerung sind von der Planung betroffen
- wie ist die aktuelle Lage vor Ort
- welche organisierten Akteure (z.B. Streetworker etc.) gibt es vor Ort
- welche Gruppierungen von vor Ort ansässig (z.B. Vereine, Jugendeinrichtungen, Bürgerhäuser)
- für welche Zielgruppen verbessert, für welche verschlechtert sich die aktuelle Lage vor Ort durch die Planung (Nutzungskonkurrenz: Verdrängung versus Berücksichtigung der Nutzung von bisher nicht nutzenden Gruppierungen und Zielgruppen, auch in Bezug auf Geschlecht?)

4.3. Planungsphase

Ein gut durchdachtes Projektmanagement muss für die erfolgreiche Durchführung des Beteiligungsverfahrens aufgebaut werden. Unter anderem beinhaltet dies:

- Handlungsspielraum der Beteiligten erörtern und festlegen
 - Verantwortlichkeiten festlegen
 - Entscheidungskompetenzen festlegen
 - Verbindlichkeit der Ergebnisse festlegen
- Festlegung eines Zeitrahmens
- Ressourcenplanung
- Planung der Öffentlichkeitsarbeit
- Einzugsbereich des Beteiligungsprojekts festlegen
- Zielgruppen definieren
- Auswahl Methoden des Verfahrens
- Raumfrage klären
- Umgang mit Konflikten, Konfliktmanagement
- Wer führt den Beteiligungsprozess durch? Die Moderation muss geschlechtergerecht aufgestellt sein, geschlechtersensibel agieren und gleichstellungsorientierte Methoden einsetzen. Dies gilt sowohl für Verwaltungskräfte als auch für externe Moderation als auch ggf. für ehrenamtliche ausgebildete Moderator_innen, die Beteiligungsverfahren durchführen

4.4. Öffentlichkeitsphase, Start des Beteiligungsprozesses

Umfassende und frühzeitige öffentliche Information der Zielgruppen über den Anlass, den Hintergrund und die Ziele des Beteiligungsverfahrens durch:

- Information über das geplante Verfahren
- Vorstellung der Ansprechpartner/innen seitens der Stadtverwaltung
- Durchführung einer Auftaktveranstaltung

- Vereinbarung von Inhalten und Spielregeln
- Klärung des Handlungsspielraums

Die Öffentlichkeitsarbeit und alle Informationen an die Bürgerinnen und Bürger muss so gestaltet sein, dass sich Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen und ermutigt fühlen, am Prozeß teilzunehmen.

4.5. Durchführungsphase

Je nach Größe und Umfang des Beteiligungsverfahrens gibt es Unterschiede bei der Auswahl der Methoden und der Steuerung um verschiedene Zielgruppen zu erreichen. In dieser Phase werden die Zielgruppen mit eingebunden, die gemeinsame lösungsorientierte Arbeit am Projekt steht im Vordergrund.

Beispielhaft kann das geschehen durch:

- Durchführung einer Auftaktveranstaltung
- Durchführung von Workshops
- Bildung von Arbeitsgruppen
- Präsentation der Ergebnisse daraus
- Dokumentation des Verfahrens und der Ergebnisse

Bei der Bildung von Workshops, Arbeitsgruppen oder sonstigen Erarbeitungsgruppierungen ist ebenfalls auf die unter Punkt 3 genannten Repräsentanzen zu achten. Bei der Dokumentation ist es entscheidend, festzuhalten, wenn Frauen und Männer unterschiedliche Gewichtungen vornehmen und Interessen vortragen, damit besondere Bedarfe in den Beteiligungsergebnissen berücksichtigt werden und auch in weitere Planungen einfließen können.

4.6. Evaluierungsphase, Umsetzungsphase, Ausblick

Nach Abschluss des Verfahrens erfolgt die Evaluierung. Die Ergebnisse werden aufbereitet und veröffentlicht.

Die Bürgerschaft wird über die Umsetzbarkeit der Vorschläge und den zeitlichen Rahmen des weiteren Vorgehens informiert.

Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess fließen in weitergehenden Planungen ein.

Die Bürgerschaft wird über die Umsetzung der Ergebnisse informiert und am Umsetzungsprozess in geeigneter Form beteiligt.

5. Anwendung der Checkliste

Diese Checkliste soll künftig die Referate unterstützen, die ein formloses (freiwilliges) Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen möchten und bezieht sich nur auf den Bereich der Bürgerbeteiligungsverfahren, die nicht gesetzlich verankert sind. Die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren der Bürgerbeteiligung bleiben davon unberührt und sind entsprechend der dafür geltenden Vorschriften durchzuführen.

Die Vielzahl der möglichen Formen der Bürgerbeteiligung machen es unmöglich eine Checkliste zu entwickeln, die alle Facetten eines Beteiligungsverfahrens abdeckt. Vielmehr wurde bei der Erarbeitung der anhängenden Checkliste der Augenmerk darauf gerichtet Denkanstöße zu geben und eine Arbeitshilfe an die Hand zu geben. Unter Zuhilfenahme bereits bestehender Leitsätze und Anleitungen zur Bürgerbeteiligung anderer Städte, die den Bedürfnissen der Landeshauptstadt München angepasst wurden, und der Unterstützung

durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Baureferat, die beide über einen reichen Erfahrungsschatz zu dieser Thematik verfügen, wurden wesentliche Punkte erarbeitet.

Die Begegnung der Stadtverwaltung mit der Bürgerschaft soll von gegenseitigem Vertrauen geprägt sein und auf Augenhöhe stattfinden. Dazu gehören Transparenz des Verfahrens, eine bürgerfreundliche Sprache sowie Bereitschaft zur Kommunikation und Offenheit auf beiden Seiten gegenüber unterschiedlicher Interessen und Lösungsansätzen.

Diese Checkliste ist nicht abschließend, je nach Beteiligungsverfahren ist sie zu ergänzen oder/und zu modifizieren.

Eine kleine Übersicht über Ansprechpartner/innen und Internetadressen der Institutionen, die ebenfalls Leitlinien für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung erstellt haben, finden Sie am Ende der Checkliste.

6. Checkliste

1. Anlass bzw. Entstehung der Idee

- Es steht ein konkretes Vorhaben seitens der Verwaltung an
- Es wurde seitens der Bürgerschaft Interesse an der Beteiligung signalisiert
- Die Bürgerschaft fordert von der Verwaltung die Aufnahme eines Themas und die Beteiligung an der Umsetzung
- Ein Thema / Projekt wird in der Stadt (kontrovers) diskutiert

1.1 Entscheidung

Die Möglichkeit eines formlosen Bürgerbeteiligungsverfahrens wird grundsätzlich bejaht:

- auch hier evtl. gesetzliche Vorgaben abklären

2. Vorbereitungsphase

2.1 Thema festlegen

Was ist Gegenstand/Inhalt des Beteiligungsverfahrens,

- was ist im Vorfeld geschehen,
- was war der Anlass.

2.2 Ziele des Projekts formulieren

Welche Ziele verfolgt die Stadtverwaltung München mit der Durchführung des Projekts. Welchen Einfluss auf das geplante Projekt kann/soll das Beteiligungsverfahren haben?

- Ziele erarbeiten und klar benennen, schriftlich dokumentieren
- Ziele des Projekts auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen
- in welchen Phasen des Projekts soll die Bürgerschaft beteiligt werden?

Mögliche Ziele bzw. Funktionen der Beteiligung können sein

- Förderung von Engagement
- Sammeln von Ideen
- Ausloten von Interessen
- Vermeiden oder Lösen von Konflikten
- Planung gemeinsamer Projekte z.B im sozialen, kulturellen Bereich
- gemeinsame Gestaltung oder Umgestaltung z.B. von Bürgerzentren
- Verbessern der Qualität einer Planung
- Stärken der Beteiligungskultur
- Lernen von demokratischen Prinzipien (z.B. bei Kinderbeteiligungsprojekten)
- usw.

2.3 Beteiligte seitens der Stadtverwaltung klären und einbeziehen

- politische Ebene und evtl. politische Grenzen klären,
- politisch Verantwortliche informieren und einbinden,
- Unterstützung sichern durch OB, Stadtrat,
- Klärung ob ein Stadtratsbeschluss erforderlich ist,
- Einbindung des entsprechenden Bezirksausschusses
- Einbindung weiterer Referate
- Prozesssteuerung und Moderation müssen genderkompetent sowohl in der persönlichen Haltung als auch im methodischen Einsatz sein und sollte möglichst geschlechterparitätisch besetzt sein, ebenso ist Genderkompetenz bei jedem zusätzlich eingesetzten Personal (s. Punkte 3.3.2) notwendig.

Ist eine externe Prozesssteuerung gewünscht/erforderlich?

- Reicht eine Begleitung durch externe Moderator/innen aus (Beratungsdienstleistung, Projektmanagement) ?

Wenn ja:

- Soll der Prozess von Anfang bis Ende begleitet werden?
- oder reicht eine Unterstützung
 - nur bei der Projektplanung
 - nur für einzelne Bereiche
 - zur Auswertung der Ergebnisse
 - während der Öffentlichkeitsphase
 - zur Dokumentation

Bei externer Begleitung zeitlichen Vorlauf beachten (Ausschreibung) und Finanzbedarf hierfür klären.

2.4 Konzept erstellen

Die Beteiligten seitens der Stadt erarbeiten gemeinsam ein Konzept und legen den Ablauf des Beteiligungsprozesses fest unter Berücksichtigung folgender

Rahmenbedingungen

- politische Rahmenbedingungen
- rechtliche Rahmenbedingungen
- finanzielle Rahmenbedingungen
- personelle Rahmenbedingungen

Hinweis:

Bei geplanten Beteiligungsverfahren, über deren Ergebnisse der Stadtrat zu entscheiden hat, ist der Stadtrat vorab mit dem Verfahren und den Rahmenbedingungen der Bürgerbeteiligung zu befassen!
(Siehe Beschluss „Bürgerbeteiligung in München“, S.24, vom 19.12.2018, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V13219)

- zeitliche Rahmenbedingungen

Inhalt des Konzepts sollte sein:

- die Ziele des Beteiligungsprozesses
- der Nutzen des Beteiligungsprozesses für die Betroffenen
- die Relevanz des Themas
- den Handlungsspielraum und die Grenzen des Verfahrens
- der geeignete Zeitpunkt und ein Zeitplan
- die Methoden des Beteiligungsprozesses
- den Finanzierungsplan
- die Chancen und Risiken des Beteiligungsprozesses
- die Umsetzung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

2.5 Beteiligte seitens der Bürgerschaft (Zielgruppen) eruieren

Frühzeitige Informationen einholen unter Einbindung der Bezirksausschüsse darüber, welche Interessen die verschiedenen Gruppierungen verfolgen, wie z.B. die im Stadtteil ansässigen oder aktiven

- Interessengemeinschaften,
- Bürgerinitiativen.

Welche Bevölkerungsstruktur bzw. welche Interessenschwerpunkte sind gegeben z.B. bei

- Anwohner/innen
- Mädchen und Jungen
- Grundstückseigner/innen
- Politiker/innen
- sonstigen Bürger/innen
- lokalen sozialen Trägern
- ortsansässigen Vereinen
- Institutionen.
- Einzelhandel
- Sicherheits- und Ordnungskräften
- Soziale Einrichtungen wie z.B. Jugendeinrichtungen, Bürgerhäuser etc.
- usw.

Betroffene seitens der Bürgerschaft (sind nicht zwingend gleichzeitig auch Beteiligte)
Abwägen zwischen dem Gemeinwohl/Interessen der Allgemeinheit und dem Interesse der von der geplanten Maßnahme unmittelbar Betroffenen

3. Planungsphase, Projektmanagement

3.1 Handlungsspielraum der Beteiligten festlegen

Seitens der Verwaltung Verantwortlichkeiten festlegen

- wer hat die Federführung aus dem Kreis der Beteiligten seitens der Stadt,
- wer übernimmt die Moderation
- wer ist wem gegenüber weisungsbefugt
- Verantwortliche für einzelne Bausteine/Phasen festlegen

Entscheidungskompetenzen festlegen

Verbindlichkeit der zu erwartenden Vorschläge der Bürgerschaft festlegen
(was geht/was geht nicht)

- was ist rechtlich möglich
- was ist finanziell möglich
- was kann personell geleistet werden

3.2 Zeitrahmen festlegen

Die Gesamtdauer des Prozesses abschätzen, (Wochen/Monate?)

- angemessene Fristen setzen, dient der Straffung des Verfahrens
(möglicher Konflikt: zügiger Verfahrensablauf/angemessene Fristen)

Bei der Festlegung des Zeitplans ist u.a. zu beachten

- Umfang der internen Vorarbeiten, z.B.
 - Beauftragung für externe Begleitung (Auswahlprozess)
 - evtl. erforderlichen Beschlussfassung durch den Stadtrat
- Personalplanung
- Abstimmung mit anderen Beteiligten seitens der Stadt

Ablauf Öffentlichkeitsphase einplanen

- Vorbereitung
- Durchführung
- Auswertung
- Rückmeldung an Öffentlichkeit
- Umsetzung, zeitliche Planung bekanntgeben, Bürger auf dem Laufenden halten

interne Abschlussarbeiten

- Info an alle Beteiligten u. Betroffenen

Umsetzungsphase des Projekts, „erster Spatenstich“

3.3 Ressourcenplanung

Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen beachten, unter Berücksichtigung aller Beteiligten seitens der Stadtverwaltung

3.3.1 Finanzplanung

- qualifizierte Kostenschätzung für die Durchführung der
Beteiligungsmaßnahme
 - dabei auch Kosten für externe Begleitung bei Finanzbedarf berücksichtigen
- qualifizierte Schätzung der finanziellen Folgen bei Umsetzung des Projekts

Finanzplan aufstellen

- welche HH-Mittel stehen zur Verfügung
- müssen weitere HH-Mittel beantragt werden,
 - Finanzierbarkeit klären

- Kosten definieren:

- Kosten für: externe Begleitung, Materialkosten, Raumkosten, Druckkosten,
Beratungskosten, Aufwandsentschädigungen, evtl. Finanzreserven,
 - Kostendeckung prüfen

3.3.2 Personalplanung

- eigenes Personal ausreichend oder besteht zusätzlicher Personalbedarf
 - Personalausstattung aus anderen Organisationseinheiten möglich?
 - evtl. externes Personal nötig,
 - durch Anwerbung
 - durch beteiligte Organisationen / Interessengruppen.
- Beim Einsatz von externem Personal muss geklärt werden:
Weisungsbefugnis, Bezahlung, Versicherung

3.4 Öffentlichkeitsarbeit planen

Durch die Öffentlichkeitsarbeit wird das Verfahren transparent und bekannt

- Abt. Öffentlichkeitsarbeit einbinden,
- wer ist für den Inhalt der Veröffentlichungen verantwortlich
- für begleitende Printmedien evtl. Beauftragung für Grafik und Druck ausschreiben
- auf Geschlechtergerechtigkeit bei Informationszugang und Ansprache achten

Konzept für Öffentlichkeitsarbeit erarbeiten, den erarbeiteten Zeitplan beachten s.o.

Eckdaten festlegen, z.B.:

- Beginn der Öffentlichkeitsphase
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit während des gesamten Prozesses
- Veröffentlichung der Zwischenergebnisse
- Auswertung der Ergebnisse
- Rückmeldung an die Bevölkerung
- Öffentlichkeitsarbeit während der Umsetzungsphase

Wie soll veröffentlicht werden?

Infofluss durchgängig bei allen Projektschritten mit verschiedenen Medien z.B.

- Rathausumschau
- Tageszeitung,
- Schülerzeitungen,
- Stadtteilanzeiger (was ist los im Stadtteil)
- Lokalradio /TV lokal
- Soziale Medien,
- Plattformen,
- Presse
- Plakate, Flyer, Broschüren
- Aushang BA - Schaukasten
- Bürgerversammlungen
- Einbindung in www.muenchen.de
 - Vernetzung zu aktuellen Vorhaben
 - wer übernimmt Pflege und Verantwortung für die aktuellen Maßnahmen ?
 - technische Möglichkeiten klären

Durch die Vielzahl der verschiedenen Medien sollen die unterschiedlich Zielgruppen erreicht werden.

Sollten Zweifel darüber bestehen, ob evtl. bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht

optimal erreicht wurden, könnte z.B.

- kostenloser und begleiteter Internetzugang ermöglicht werden; z.B. in MVHS, Stadtteilbibliotheken, ASZ, Jugendtreffs, Büros der Bezirksausschüsse
- Kinderbetreuung angeboten werden (um beispielsweise den Eltern die Teilnahme an einem Workshop zu ermöglichen)
- dafür erforderlichen Einsatz von Personal und Finanzen klären

3.5 Einzugsbereich des Beteiligungsprojekts festlegen

Ist das geplante Vorhaben

- nur auf den Stadtteil bezogen
- oder das gesamte Stadtgebiet
- spricht es nur bestimmte Bevölkerungsschichten an
- oder richtet es sich an alle Münchnerinnen und Münchner (besonders auch hier nach Beteiligte/Betroffene unterscheiden)

Soziale Strukturen im Einzugsbereich beachten

- Infrastruktur
- demografische Situation
- Einkommenssituation der Bevölkerung
- Anteil und Herkunft der Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Bildungsniveau
- Familien/Kinder, Jugendliche, Singles usw.
- Erwerbstätigkeit
-

Einbindung der Bürgerschaft in einem sehr frühen Stadium.

Klärung auch „ob“ eine im Stadtteil geplante Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll:

- Frage nach dem Bedarf
- Planungsphase, erste Gedanken zu Veränderung
- Meinungsbildung
- Ideenwettbewerb
- Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger

3.6 Zielgruppen eruiieren

Repräsentative Zusammensetzung erwünscht, nötig, möglich?

- wie erreicht man alle Bevölkerungsgruppen/-schichten?
- wie werden die Interessen von Minderheiten vertreten, die sich nicht persönlich engagieren können/wollen?

Bevölkerungsgruppen (s.auch oben „soziale Strukturen“)

- Personen mit Migrationshintergrund (sprachliche/religiöse/kulturelle Barrieren beachten)
- Familien
- Singles
- Kinder und Jugendliche
- Seniorinnen /Senioren

- schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen
- engagierte Bevölkerungsgruppen
- Bürgerinnen und Bürger, die schwer zu motivieren sind
- Gleichgewicht zwischen den Bevölkerungsgruppen herstellen

3.7 Methoden für das Bürgerbeteiligungsverfahren auswählen

Unter Einbindung des zuständigen Bezirksausschusses und ggf. des Stadtrates (siehe Hinweis zu Ziff. 2.4) aus den unterschiedlichsten Methoden der Bürgerbeteiligung auswählen und das Verfahren festlegen. Welche Methode(n) ist (sind) für das Projekt zielführend.

z.B. im Vorfeld zur Information über das geplante Verfahren:

- Infoveranstaltung
- Stadtteilstadt
- Familientag
- Spielnachmittag

z.B. während des Verfahrens zur Einbindung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger

- Bürgerversammlungen
- Workshop
- Open Space
- Zukunftswerkstatt
- World Café
- Ideenwettbewerb
- Onlinedialog,
- usw.

Organisation und Durchführung (evtl. mit externer Moderation)

- soll die Teilnehmerzahl begrenzt werden?
- welche Gründe sprechen dafür/dagegen (kleiner Gruppen evtl. besser zu moderieren, bei größeren Gruppen evtl. mehr Input, vielfältiger)
- sind die Methoden geschlechtergerecht und gleichstellungsorientiert

3.8 Raumbedarf klären

Anforderungen an die Räumlichkeiten,

- gute Erreichbarkeit, Anbindung an ÖPNV
- Barrierefreiheit
- ausreichende Größe
- räumliche Nähe zum Objekt/Projekt
- Kosten für Raumanmietung
- erforderliche technische Ausstattung

Räume unterschiedlicher Größe werden benötigt je nach Art der Methoden z.B. für

- die Auftaktveranstaltung bzw. die Abschlussveranstaltung
- Workshops während des Beteiligungsverfahrens

- für regelmäßige Arbeitsgruppen seitens der Verwaltung und/oder seitens der Bürgerschaft
- für das Verfahren begleitende Infoveranstaltungen

3.9 Konfliktmanagement im Vorfeld aufbauen für zeitnahe Reaktion

Überlegungen über mögliches Konfliktpotential, evtl. Vorgeschichte einbeziehen:

- welche Konflikte zwischen den Beteiligten seitens der Verwaltung/Politik könnten entstehen?
- welche Konflikte zwischen den Beteiligten/Betroffenen seitens der Bürgerschaft könnten entstehen?
- welcher Konflikt zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung könnten entstehen?
 - welche Lösungsmöglichkeiten sind denkbar?
 - welche Personen/Abteilungen müssen zur Lösung des Konflikts einbezogen werden (evtl. externe Moderation, Rechtsabteilung)?
- gibt es Maßnahmen im Vorfeld, um Konflikte zu vermeiden bzw. einzudämmen (z.B. offener Umgang mit unterschiedlichen Interessen)?

Offener Umgang mit Konflikten, zum einen intern in der Verwaltung aber auch nach außen bei Konflikten während des Beteiligungsprozesses mit den unterschiedlichen Interessengruppen

- Spielregeln vereinbaren (z.B. Länge der Redebeiträge)
- offene Diskussion
- externe Moderation
- zeitnahe Dokumentation
- offene Kommunikation
- Ergebnis festhalten und veröffentlichen
- in schwierigen Fällen: Mediation

4. Öffentlichkeitsphase, Start des Beteiligungsprozesses

4.1 Information der Öffentlichkeit

Information über das geplante Verfahren z.B. im Rahmen einer Auftaktveranstaltung

- über Inhalt und Thema
- Information der Öffentlichkeit über die Beteiligten seitens der Stadt
- Vorstellung der Ansprechpartner/innen seitens der Stadtverwaltung bzw. der externen Moderatorinnen und Moderatoren

Vorstellung der geplanten Methoden des Beteiligungsverfahrens

4.2 Vereinbarung von Inhalten und Spielregeln

- Verbindlichkeit der Vorschläge und der Ergebnisse aus dem Beteiligungsverfahren festlegen und an Öffentlichkeit kommunizieren
- Information an Bürgerschaft über finanzielle oder rechtliche Grenzen
- Information über die von der Stadtverwaltung einzuhaltenden Rahmenbedingungen

- Information über den geplanten Zeitrahmen
- Information über das vorgesehene Konfliktmanagement

5. Durchführungsphase

Durchführung der verschiedenen Veranstaltungen (s.o. Methoden der Beteiligung)

- z.B. Workshop, Bildung von Arbeitsgruppen
- Präsentation der Ergebnisse daraus

Begleitende Öffentlichkeitsarbeit

- Information über Teilergebnisse
- Information der folgenden Verfahrensschritte
- ggf. über E-Mail-Verteiler für Interessierte

5.1 Dokumentation des gesamten Beteiligungsprozesses

laufende Dokumentation

- aller Verfahrensschritte
- der erarbeiteten Ergebnisse
- der Abstimmungsprozesse zwischen Verwaltung und Bürgerschaft
- der abgestimmten Ergebnisse

5.2 Rückmeldung an Öffentlichkeit

Rückmeldung unerlässlich für ein transparentes Verfahren, die Anregungen der Bürgerschaft müssen verfolgt werden.

- Information darüber welche Anregungen in die Planungen mit aufgenommen werden
- Information darüber welche Anregungen nicht umgesetzt werden können
- Hinterungsgründe verständlich darstellen

5.3 Abschluss des Beteiligungsprojekts

Abschlussarbeiten

- Stadtrat oder andere Gremien über das Ergebnis informieren
- weiteres Vorgehen mit Stadtrat (siehe auch Hinweis zu Ziff. 2.4) oder anderen Gremien klären und Meilensteine festlegen
- Öffentlichkeit über das Ergebnis informieren
- erfolgreichen Abschluss des Projekts entsprechend bekannt machen

6. Evaluierungsphase, Umsetzungsphase, Ausblick

Aufbereitung der Ergebnisse

Information der Bürgerschaft über die Umsetzbarkeit der Vorschläge und den zeitlicher Rahmen für die Verwirklichung

Zwischenberichte an die Bürgerschaft über den Fortschritt des gemeinsam entwickelten Projekts

Anhang

Wichtige Adressen und Ansprechpartner/innen (stadintern)

Umfassende Erfahrung bei der Durchführung von Bürbeteiligungsverfahren besitzen:

- das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, PlanTreff, Tel. 089/233-22942
- das Baureferat, Tel. 089/233-60329

Literatur und Links: (beispielhaft)

Handbuch Bürgerbeteiligung – Bundeszentrale für politische Bildung
ISBN 978-3-8389-0200-5

Handbuch zur Partizipation Berlin,
mit einer Übersicht über die unterschiedlichen Methoden der Bürgerbeteiligung und
umfangreicher Checkliste im Anhang,
ISBN 978-3-88961-317-2

Internetfassung <http://stadtenwicklung.berlin.de>

Leitfaden Online-Konsultation

Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet
www.oneline-konsultation.de/leitfaden

Mehr Partizipation wagen, Handlungsempfehlungen für Kommunen, Bertelsmann Stiftung
(Hrsg.)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung,
Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Deutschen Städtetages
ISBN 978-3-88082-259-7

www.staedtetag.de

Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und
Prüffragen, 2013. Deutsches Institut für Urbanistik, ISBN 978-3-88118-524-0,

www.difu.de

vhw-Kommunikationshandbuch, Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der
Stadtgesellschaft, 2013, ISBN 978-3-87941-956-2,

www.vhw.de

Bürgerbeteiligung in der Praxis

Ein Methodenhandbuch

Stiftung Mitarbeit & ÖGUT (Hrsg.)

Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52

Verlag Stiftung Mitarbeit Bonn 2018

1. Auflage, 320 Seiten, ISBN 978-3-941143-34-6

www.mitarbeit.de/publikationen/shop

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

www.stark-durch-beteiligung.de

www.muenchen-mitdenken.de - Informationsplattform zur Bürgerbeteiligung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung (ab Mitte Januar 2014)

Ausführliche Darstellung und Beschreibung der Modelle und Methoden der Bürgerbeteiligung sind zu finden unter :

www.buergergesellschaft.de/politsche-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung

Bei Rückfragen und Anregungen zur Checkliste wenden Sie sich bitte
- an das Direktorium, D-I-ZV-1, [REDACTED], Tel. 089 / 233-92545,
E-Mail: [REDACTED]@muenchen.de

Telefon: 233 - 24158
233 – 27158
233 – 26281
Telefax: 233 – 24241

AUSZUG

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Stadtplanung
PLAN-HA II
Stadtentwicklungsplanung
PLAN-HAI

1) Optimierung der Bebauungsplanverfahren und der Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit im Referat für Stadtplanung und Bauordnung; Organisatorische Anpassungen in der Hauptabteilung II – Stadtplanung; Personalentwicklung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung

2) Anträge

- a) **Portfolio-Bildung bei Bebauungsplänen, mehr Baurechtsschaffung**
Antrag Nr. 14/20 / A 00814 von Herrn StR Christian Amlong, Frau StRin Heide Rieke, Frau StRin Ulrike Boesser, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Frau StRin Bettina Messinger vom 24.03.2015
- b) **Abbau der Regelungsdichte bei Bebauungsplänen**
Antrag Nr. 14/20 / A 00816 von Herrn StR Christian Amlong, Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Heide Rieke, Frau StRin Ulrike Boesser, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Frau StRin Bettina Messinger vom 24.03.2015
- c) **Schnittstellenreduzierung und Projektmanagement bei Bebauungsplanverfahren**
Antrag Nr. 14/20 / A 00817 von Herrn StR Christian Amlong, Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Heide Rieke, Frau StRin Ulrike Boesser, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Frau StRin Bettina Messinger vom 24.03.2015
- d) **Bessere Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplanverfahren**
Antrag Nr. 14/20 / A 00818 von Herrn StR Christian Amlong, Frau StRin Heide Rieke, Frau StRin Ulrike Boesser, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Frau StRin Bettina Messinger vom 24.03.2015

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 04459

Anlagen

1. Protokoll der Bauträgersgespräche
2. Vergleich IST-Ablaufplan und IST-Ablaufplan verkürzt
3. Antrag Nr. 14-20 / A 00814
4. Antrag Nr. 14-20 / A 00816
5. Antrag Nr. 14-20 / A 00817
6. Antrag Nr. 14-20 / A 00818
7. Stellungnahme der Personal und Organisationsreferates
8. Stellungnahme der Kommunalreferates vom 01.10.2015
9. Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 14.10.2015

Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 02.03.2016 (VB)

sondert vertieft werden. Sich daraus ergebende Änderungen sind dem Stadtrat gesondert vorzulegen.

Mögliche Beschleunigungseffekte sind in der Anlage 2 mit Punkt S gekennzeichnet.

3.4 IT-Unterstützung für das Bebauungsplanverfahren ausbauen

3.4.1 Wissensmanagement

In Form eines „Wikis“ soll das gesamte Wissen der HA II allen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt werden, in einem weiteren Schritt auch anderen Referaten und Externen. Alle am Prozess Beteiligten könnten somit auf die gleichen Grundlagen zurückgreifen, wodurch die Zusammenarbeit einfacher würde. Die Einarbeitungszeit von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könnte sich durch ein derartiges Instrument verkürzen. Derzeit wird die Leistungsfähigkeit eines „Wikis“ erprobt und soll ausgeweitet werden. Die Maßnahme ist bereits für das Jahr 2016 bei dIKA gemeldet.

3.4.2 Ergänzende digitale Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 BauGB und die Beteiligung der anderen Dienststellen innerhalb der Landeshauptstadt München sowie der Öffentlichkeit nach § 3 BauGB im Rahmen der Bebauungsplanung erfolgt traditionell in Papierform. Diese Verfahren erfordern einen hohen Ressourcen- und Zeitaufwand.

Seit 2004 können nach § 4a Abs. 3 BauGB „ergänzend elektronische Informationstechnologien genutzt werden“. In der Zwischenzeit haben der Zugang der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Internet, die zunehmende Digitalisierung öffentlicher und privater Behördentätigkeit (z. B. hinsichtlich Geodateninformationen) und die Marktverfügbarkeit ausgereifter Softwareprodukte für die Durchführung der o. g. Beteiligungsverfahren dazu geführt, dass die ergänzende Nutzung elektronischer Informationstechnologien glaubhaft nicht nur zusätzlichen Aufwand, sondern echte Vereinfachungs- und Beschleunigungseffekte für das Bebauungsplanverfahren verspricht.

Derzeit wird gemeinsam mit dIKA ein für alle internen und externen Beteiligten attraktives Softwareprodukt beschafft. Zu den wesentlichen Herausforderungen dieser Aufgabe gehören zum einen, die gesamtstädtische IT-Kompatibilität zu gewährleisten, zum anderen zwecks Kosteneffizienz und Attraktivitätssteigerung möglichst mit anderen Kommunen und dem Freistaat zu kooperieren.

Des Weiteren sollen IT-gestützte Auskunftspunkte (Terminals) im Auslegungsraum Blumenstraße 28b installiert werden, die bereits bestehende muenchen.de-Seite (München-Portal) weiterentwickelt, auf der interessierte Bürgerinnen und Bürger die Pläne und textlichen Ausführungen zu Bebauungsplänen bequem von Zuhause und / oder unterwegs einsehen können sollen (siehe hierzu auch Kapitel B im Vortrag).

Mit diesen Maßnahmen soll das Auslegungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB vereinfacht und die Bürger(innen)orientierung den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend verbes-

sert werden. Außerdem ermöglichen die Maßnahmen neben einem erhöhten Lesekomfort auch den Verzicht auf den Aushang der einzelnen Seiten des Begründungsentwurfs in den Schaukästen und schaffen damit zusätzliche räumliche Kapazitäten. Darüber hinaus erhöht sich die Chance, eine breitere Öffentlichkeit für die Planung zu interessieren und eine große Transparenz herzustellen.

Die Vorhaben sind für das Jahr 2016 bei dIKA angemeldet. Da die Kosten noch nicht vorhersehbar sind, sind sie nicht Gegenstand dieses Beschlusses.

3.4.3 Optimierung Bebauungsplandatenbank

In der HA II existiert eine Bebauungsplandatenbank, die alle wichtigen Eckdaten der einzelnen Bebauungspläne mit Grünordnung enthält und welche von den Kolleginnen und Kollegen gepflegt wird. Dieses Werkzeug sollte so überarbeitet werden, dass Eckdaten und Informationen tagesaktuell generiert werden können.

3.4.4 Schaffung einer zentralen Daten-, Informations- und Kommunikationsplattform

Nach den Analysen der Fa. Drees & Sommer ist eine zentrale Daten-, Informations- und Kommunikationsplattform für die Bebauungsplanverfahren mit Zugriff für alle Beteiligten dringend notwendig, da die derzeitige Vorgehensweise per E-Mail zu einem nicht mehr vertretbaren Verwaltungsaufwand führt und die Kommunikation unter den Beteiligten unverhältnismäßig verkompliziert wird.

Das Projekt ist ein im Grunde unerlässlicher Bestandteil einer wirksamen Projektsteuerung und wurde auch in den Bauträrgesprächen bekräftigt. Es ist bereits für das Jahr 2016 bei PLAN-dIKA angemeldet.

All diese Projekte bedürfen der intensiven Betreuung und Entwicklung durch PLAN-dIKA in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hauptabteilung II.

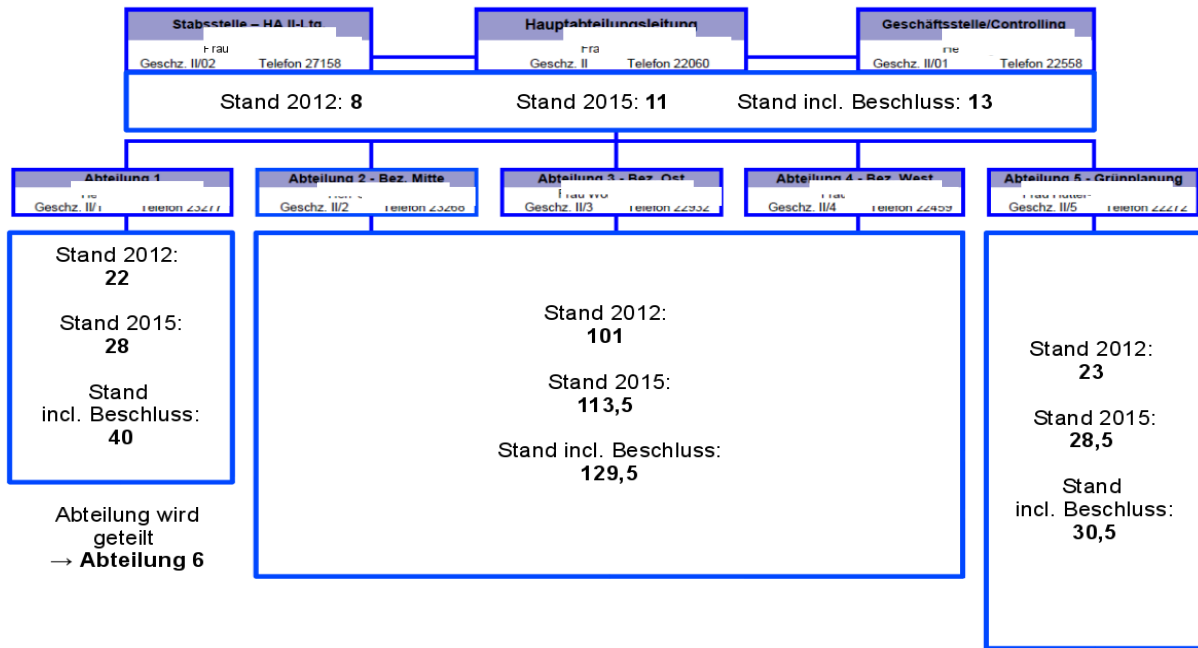
Weiteres Vorgehen

Die vorgeschlagene IT-Unterstützung wird weitergeführt. Sie führt zu einer Unterstützung in der Bebauungsplanung, insbesondere die Datenplattform mit Externen sollte ermöglicht werden. Dafür ist allerdings Personalbedarf in der Verwaltung und bei dIKA erforderlich.

4. Inhaltliche Optimierung der Bebauungsplanung mit Grünordnung

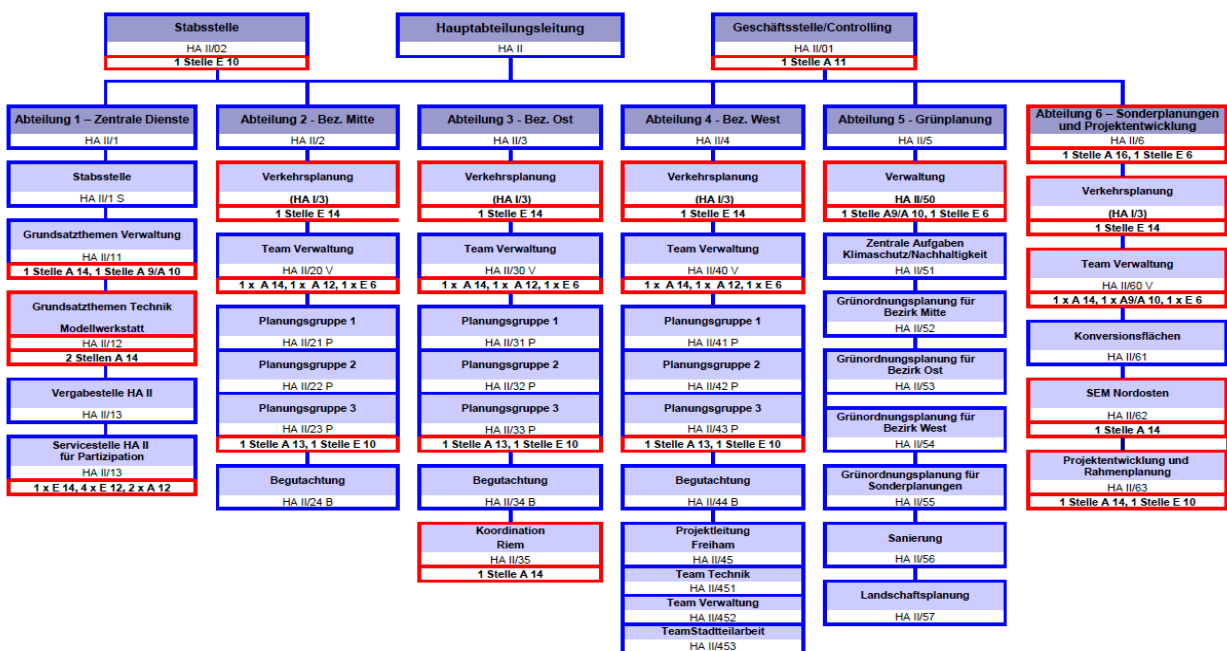
Parallel zur Verfahrensoptimierung wurde referatsintern ein kontinuierlicher fachlicher Optimierungsprozess mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten eingeleitet.

Personalentwicklung der Hauptabteilung II – Stadtplanung



ab 2012 erfolgten erste Stellenzuschaltungen bei der HAII durch verschiedene Beschlussfassungen
VZÄ: Vollzeitäquivalente

Neue Organisationsstruktur Hauptabteilung II – Stadtplanung



Organisationsstruktur mit Darstellung der in diesem Beschluss vorgeschlagenen Stellen (rot gekennzeichnet)

5.1.5 Neues Team „Servicestelle für Partizipation“

Die Öffentlichkeitsarbeit in der Hauptabteilung II Stadtplanung – zugeordnet der Abteilung zentrale Dienste – wird derzeit von der Teamleitung Entwicklungsmaßnahmen als zusätzliche Aufgabe mitbetreut und ist derzeit mit zwei Teilzeitkräften besetzt und kann demzufolge nur ganz übergeordnete Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit übernehmen wie z. B. die Organisation projektunabhängiger Ausstellungen der Hauptabteilung II Stadtplanung. Eine Unterstützung der Abteilungen in der Bürgerbeteiligung auf Projektebene kann nicht erfolgen.

Wie im nachfolgenden Teil B) Ziffer 4.3 im Vortrag dargestellt, nehmen aber die Anforderungen an die Qualität und Quantität der Information, Kommunikation und Partizipation im Rahmen von Bebauungsplanverfahren auch weiterhin stark zu. Der erhebliche Mehraufwand, der mit diesen Aufgaben verbunden ist, ist von den derzeit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr zu bewältigen.

Bereits die bisherige Öffentlichkeitsarbeit hat in der Vergangenheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen zu einem hohen Arbeitsaufwand geführt, der in der Regel nur durch erhebliche Mehrarbeit (Überstunden) erbracht werden konnte. Rechnet man die bisher geleisteten Personalressourcen für Bürgerbeteiligung allein bei den Projekten Freiham, Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Münchner Nordosten, Kreativquartier, ehem. Bayernkaserne, Paulaner-Areal, Kunstareal, Friedrich-Creuzer-Straße, Aubing Mitte, Maikäfersiedlung, Rahmenplanung innerstädtische Isar zusammen, so ergeben sich zur Organisation und Durchführung von partizipativen Veranstaltungen etwa 7 VZÄ.

Insofern ist, im Kontext der gesamten Verstärkung der Bürgerbeteiligung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, in der Hauptabteilung II Stadtplanung eine „Servicestelle für Partizipation“ aufzubauen – mit folgenden Zielen:

- Systematisierung der Instrumente der projektbezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Unterstützung und Entlastung der Abteilungen in allen Aspekten der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Ausbau und Nutzung von diesbezüglichen Synergieeffekten in der Hauptabteilung
- Bessere, einheitlichere Außenwirkung der Hauptabteilung II Stadtplanung
- intensive „Kooperation“ mit dem Plantreff als organisatorischem Rahmen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Insofern wird vorgeschlagen, eine Servicestelle für Öffentlichkeitsbeteiligung in der HA II einzurichten und entsprechendes Personal zuzuschalten.

Die Führungsspanne der Abteilung 1 bleibt nach Auslagerung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in Folge der o. g. zusätzlich notwendigen, die Abteilungen entlastenden Aufgaben, im wesentlichen unverändert.

Bürgerbeteiligung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung- Instrumente

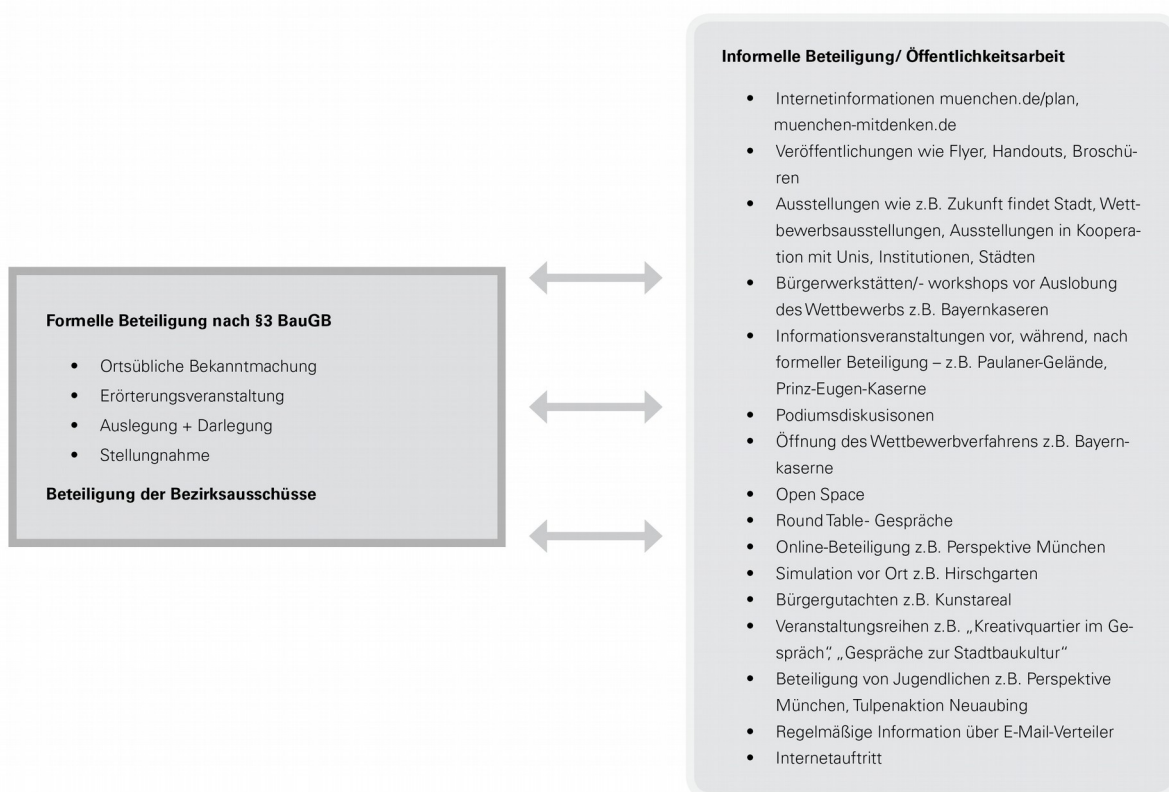


Abb. Referat für Stadtplanung und Bauordnung

3. Veränderte Informations- und Beteiligungserwartungen der Bürgerinnen und Bürger

In den letzten Jahren haben sich die Informations- und Beteiligungserwartungen der Bürgerinnen und Bürger stark verändert. Gut aufbereitete Informationen, zielgruppengerechte Kommunikation und weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten an Planungen werden als Standard erwartet.

Forderung nach mehr Transparenz und mehr Beteiligung

Die Informations- und Beteiligungserwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind in Deutschland insgesamt sehr hoch: 89 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Informationen zu Planungen von Infrastrukturvorhaben (Umfrage von TNS Emnid 2012) und 87 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ist eine stärkere Beteiligung bei Stadt- bzw. Gemeindeplanung wichtig bis sehr wichtig (Umfrage von Infratest Dimap, 2012).

Bewegungen und Entwicklungen wie das viel zitierte Stuttgart 21, aber genauso Initiativen in München wie zum Beispiel die Gartenstadt-Bewegungen zeigen deutlich, dass Bürge-

Kategorien der Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit des Referats für Stadtplanung und Bauordnung



Abb. Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Handbuch/Leitfaden zur Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung und -entwicklung

Im Rahmen des Ausbaus der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung soll ein Handbuch/Leitfaden zur Partizipation in der Stadtplanung und -entwicklung erarbeitet werden, das/der Methoden und Maßnahmen zusammenfasst, die für Beteiligungsprozesse benötigt werden und gleichzeitig individuell bei Planungsprojekten eingesetzt werden kann. Das Handbuch / der Leitfaden soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referates für Stadtplanung und Bauordnung bei der Umsetzung und Durchführung von Partizipationsverfahren unterstützen und den Bürgerinnen und Bürgern transparent darstellen, welche Beteiligungsmöglichkeiten mit welcher Verbindlichkeit genutzt werden können. Dieses Instrument soll in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie Auftragnehmerinnen und Auftragnehmern erarbeitet werden. Dabei sollen die bisherigen Erfahrungen und Kategorien (siehe unten) bei den unterschiedlichen Projekten der Landeshauptstadt, aber auch Erfahrungen aus anderen Städten und Gemeinden einfließen.